

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe
nummer 25

Dezember 2004 / Januar 2005



Atomindustrie geht über Leichen - Castor 2004

Dichtung und Wahrheit über die Ein-Euro-Jobs

Lokales - Meldungen

Die Alten - zu viel, zu alt, zu teuer?

“Leitkultur” und “Parallelgesellschaft” contra “Multikult!”

Inhalt

Atomindustrie geht über Leichen Castor 2004	Seite 03
Dichtung und Wahrheit über die Ein-Euro-Jobs	Seite 05
Soziales Bündnis Celle fordert klare Regeln . . .	Seite 07
Celle sorgt(e) für gläsernen Flüchtling!?	Seite 09
Anschlagserie gegen Kurden Verdächtiger gefasst . . .	Seite 09
Lokales - Meldungen	Seite 10
Leserbrief: Niedersächsisches Kopftuch	Seite 15
Die Alten - zu viel, zu alt, zu teuer?	Seite 16
Struck betreibt Bundeswehreinsatz in Afrika	Seite 17
Free Water for all!	Seite 18
Broschüren: GATS - Sprudelnde Gewinne	Seite 19
Literatur	Seite 20
"Leitkultur" und "Parallelgesellschaft" contra "Multikult!"	Seite 22
Termine	Seite 23

Impressum:
Revista, Nr.25
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro).
Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle
email: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001
K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"
Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!
<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

Hallo Leute

und ganz
besonders hallo H.!



H., eine ehemalige
Mitarbeiterin und eine
der MitbegründerInnen der
revista, spendet uns monatlich 10 Euro, damit
finanziert sie immerhin eine Ausgabe
fast
komplett.

Liebe H., wir kennen leider Deine ak-
tuelle Adresse nicht, deshalb
auf diesem Weg:
vielen Dank und allerliebste Grüße.

Dir und all unseren anderen LeserInnen
wünschen wir nette Winterferien mit
fröhlichen Jahresendfeiern.

Bis später
Eure revistas

Liebling der Ausgabe:

1. (-) Hanno Graf von Kielmansegg,
immer ein Herz für Soldaten - auch für die von
Wehrmacht und Waffen-SS.
2. (1) Sebastian Biermann,
genießt das einstimmige Vertrauen der TuS-
Mitgliedschaft und aller ACAB-Fanclubs - mit
besoffenem Kopf den Cops ein Auto klauen und
gegen die Wand setzen, vorbildlich.
3. (-) Amei Wiegel,
legt Gewicht aufs Goldene Buch - und findet, dass
es kein Wunder sei, wenn Struck Scheuen schlie-
ße, wo er doch bisher seinen "Struck" nicht in
eben jenes habe eintragen dürfen.
4. (-) Christoph Tamcke,
der Juso-UB-Vorsitzender meint Hartz IV trifft
ausschließlich Mittel- bis Gutverdienende - stimmt
ja irgendwie: Besserverdienenden senkt die SPD
die Steuern.
5. (-) Jörg Bode,
FDP, Fan von Lagerhaltung - nicht bei Hühnern,
sondern bei Flüchtlingen.

Vielen Dank auch für die
großzügige Spende aus Hannover !

Atomindustrie geht über Leichen

Castor 2004



Beim diesjährige Castor-Transport nach Gorleben ist der AKW-Gegner Sebastien Briat bei einer Protestaktion im französischen Avricourt getötet worden. Er hatte mit seiner Gruppe versucht, den Atommüllzug mit einer Gleisaktion zu stoppen. Es war nicht - wie in Teilen der Presse zu lesen war - ein tragisches Unglück, sondern die tödliche Konsequenz der Strategie der Atomindustrie und der politisch Verantwortlichen in Deutschland und Frankreich, den Transport rücksichtslos mit größtmöglicher Geschwindigkeit von der WAA in La Hague ins Zwischenlager nach Gorleben zu bringen.

Das Celler Forum gegen Atomenergie reagierte am Abend der Todesnachricht mit einer Mahnwache auf den Bahnsteigen und einer Mahnwache in der Celler Bahnhofshalle. In einem Flugblatt, das am nächsten Morgen an Bahnreisende verteilt wurde, forderten die AKW-GegnerInnen die lückenlose Aufklärung und eine Einstellung der Transporte mit hochradioaktivem Atommüll und kommentierten: "Die politisch Verantwortlichen in Frankreich und Deutschland setzen seit Jahren bedingungslos die Interessen der Atomindustrie durch. Die Transporte mit hochradioaktivem Atommüll werden in unverantwortlicher Weise durchgeführt. Im Jahr 2003 fuhr der Transport mit annähernd 100 Stundenkilometern durch Celle. Die unvorstellbaren Risiken bei einem Unfall werden in Kauf genommen. ... Nicht die Atomkraftgegner, die sich für eine Minimierung der Risiken

"Um jedes Mißverständnis auszuschließen, wir haben nicht den Ausstieg aus der Kernenergie vereinbart. Die Vereinbarung sichert den ungestörten Betrieb und die Entsorgung unserer Kernkraftwerke auf lange Zeit und beendet damit die unkalkulierbaren und großen wirtschaftlichen Risiken. Es gibt keine Alternative, die für unsere Kraftwerke einen vergleichbaren Schutz geboten hätte. Zur Bewertung: mit allen heute in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken zusammen wurde bisher ziemlich genau dieselbe Strommenge erzeugt, wie jetzt als Reststrommenge vereinbart wurde. Von einem Ausstieg kann deshalb keine Rede sein, es wurde allenfalls zur Halbzeit gepfiffen."

Gert Maichel, Vorstandsvorsitzender der RWE Power AG und Präsident des deutschen Atomforums auf der Wintertagung des Atomforums am 1. Februar 2001, zitiert nach atw 3/2001.

durch die lebensbedrohliche Technologie einsetzen, verhalten sich verantwortungslos, sondern diejenigen, die trotz der bekannten Risiken an dieser unbeherrschbaren Technologie festhalten. ... Wir halten an unserem Protest und Widerstand fest. Solange in Deutschland Atomanlagen betrieben werden, gehen wir auf die Straße, und solange Atommüll durch die Gegend gefahren wird, ohne dass es ein Endlager gibt, werden wir uns bei den Transporten querstellen."

Diese erste Einschätzung wurde durch die Ermittlungen und die Stellungnahme der Gruppe von Sebastien Briat bestätigt: "Wir waren nicht angekettet und hatten so die Möglichkeit schnell den Arm aus den Rohren zu ziehen", die sie unter den Gleisen platziert hatten. Da sie in einer Kurve mit beschränkter Sicht lagen, sei ihnen klar gewesen, dass sie eventuell die Gleise schnell verlassen müssten. Die "gewaltfreie, überlegte und freiwillige" Aktion sei "gemeinsam genauestens vorbereitet" worden. "Sébastien wurde dabei erfasst, als er die Gleise verließ." Er wurde stehend vom Luftwirbel des mit fast 100 Stundenkilometer fahrenden Zug erfasst und unter die Räder gezogen. Die Blockierer hatten sich darauf verlassen, dass der dem Transport vorausfliegende Hubschrauber das Herannahen des Zugs signalisieren würde.

Doch der war gerade auf dem Weg zum Tanken. Deshalb konnte eine rund 1500 Meter vor den Blockierern postierte Stoppergruppe das vorgesehene



Großer Plan am 05. November 2004



Signal nicht rechtzeitig geben, so dass der Gleisgruppe sehr wenig Zeit blieb festzustellen, dass der Zug seine Geschwindigkeit nicht verringerte.

Die für den Transport Verantwortlichen müssen sich fragen lassen, wieso ein mit hochradioaktiven Abfällen beladener Zug mit fast 100 km/h in eine Kurve fährt, und dies obwohl er zuvor schon blockiert worden war und über keine vorausschauende Luftüberwachung verfügte? Doch die bürgerliche Presse in Deutschland verbot sich, diese Fragen zu stellen.

Im Schatten des Todes von Sebastian Briat fanden dennoch viele weitere Protestaktionen statt. Es hatten sich wieder mehr Menschen im Wendland versammelt, und die Aktionen waren teilweise koordinierter, so dass es gelang, eine der beiden Straßentransportstrecken dicht zu machen.

Wer im Wendland war, bekam mal wieder mit, wie präsent der Protest und wie massiv auf der anderen Seite die Besetzung des Gebietes durch Polizei ist. Wer es nicht glauben will, sollte im nächsten Herbst einfach mal einen Tag frei nehmen, dorthin fahren und die positive Stimmung und Kraft dieses örtlich verankerten Protests erfahren: dass Lehrer ihre SchülerInnen nicht im Klassenzimmer, sondern an der Strecke begrüßen, wie Getränke und Essen organisiert werden, mit welchem Engagement und Mut Bauern ihre wertvollen Arbeitsgeräte zur Blockade einsetzen, wie Junge und Ältere gemeinsam auf der Straße oder an der Bahnstrecke sind.

Politisch allerdings wird es immer schwieriger, über den Castorprotest das Thema Atomausstieg auf die Tagesordnung einer breiten gesellschaftlichen Diskussion zu setzen. Die rot-grüne Ausstiegslüge hat den Menschen gründlich das Hirn vernebelt; viele wollen nicht wahrhaben, dass mit dem so genannten Atomkonsens nur die wirtschaftlichen Risiken der Energiewirtschaft minimiert wurden. [siehe Kasten, Seite 3]. Die Anti-AKW-Bewegung steht deshalb vor der Herausforderung, inhaltlich an der Basis der Argumentation gegen die Atomtechnologie anzuküpfen: das unverantwortliche Risiko und die unlösbare Endlagerfrage. Da andererseits auf breiter Ebene das Vertrauen darin erschüttert ist, dass Politik und Industrie am Wohlergehen der Menschen gelegen sei, ergeben sich einige Anknüpfungspunkte. Gleichzeitig müsste es aber darum gehen, die Diskussion darauf zuzuspitzen, wie wir eigentlich leben wollen. Und das heißt, deutlich zu machen, dass die vielbeschworene Energiewende nicht mit einigen hunderttausend Solardächer, nicht mit einigen zehntausend Windrädern und Visionen von "sicheren" AKWs zu haben ist - und vor allem: dass sie nicht zu haben ist unter dem Diktat einer kapitalistischen Ökonomie.

Selbst jene, die der Atomtechnologie feindlich gegenüberstehen, lassen selten den Gedanken an sich heran, dass von dieser Energiewende nicht mehr und nicht weniger abhängt als das Überleben der Menschheit (so pathetisch das jetzt klingen mag).



Die Gruppe von Sebastian Briat beschreibt die Frage, um die es geht so: "In erster Linie ging es uns um die Rettung des Planeten, den wir Jahr auf Jahr seinem Niedergang zutreiben, aber genauso sehr ging es uns um die Zurückweisung eines monolithischen Staates, der jede Infragestellung ablehnt.

Wir haben uns nicht aus Naivität oder Abenteuerlust dazu entschieden, diesen Zug aufzuhalten, sondern weil es in diesem Land dazu kommen muss, dass eine elementare Frage wie die Atompolitik auf die Tagesordnung kommen muss."

Am Dienstag, den 4. Januar 2005, zeigt das Celler Forum gegen Atomenergie um 20 Uhr im Bunten Haus den Film:

"Willkommen in der Strahlenden Zukunft"

Frühjahr 2004, die >Tour de France pour Sortir du Nucléaire< besucht die einzelnen Stationen der Urankette: Uranabbau, Urananreicherung, Wiederaufarbeitung, Zwischen- und Endlager. Anschaulich wird die zivile und die militärische Nutzung von Atomkraft erläutert, werden Transport- und Arbeitsbedingungen thematisiert, das Märchen von der Verringerung des Treibhauseffekts entlarvt und die >neue< AKW-Generation besprochen: der European Pressurized Reactor. Während der einzelnen Etappen der Tour hat es viele Protestaktionen gegeben und eine Ausstellung über erneuerbare Energien, die ebenfalls vom Videoteam dokumentiert worden sind. Produced by trojan tv - 45 min, französisch mit deutschen Untertiteln.

Kein Eintritt.



Kommt ein neuer Reicharbeitsdienst?

Dichtung und Wahrheit über die Ein-Euro-Jobs



Artikel 12 GG

"Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen."

Art.12 Abs. 2 u.3 GG

"Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht. Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig."

Anfang November vermeldete die Celler Agentur für Arbeit (AfA), dass bei ihr bereits 150 Anträge auf die Einrichtung von so genannten Ein-Euro-"Jobs" eingegangen seien. Bis zum Jahresende rechnet man mit 200. Es hat also der erwartete Run auf die Billigsklaven eingesetzt. Parallel hat es Stellungnahmen vom Social Forum und vom Sozialen Bündnis Celle (siehe Seite 8) gegeben, die sich gegen die Einrichtung solcher Arbeitsgelegenheiten aussprechen bzw. Kriterien einfordern.

Zweifel an Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit

Das Social Forum hat am Buß- und Bettag, der von Initiativen gegen Hartz IV als dezentraler Aktionstag genutzt wurde, einen Offenen Brief an Oberbürgermeister Biermann und Landrat Wiswe übergeben. Darin wird die Schaffung von Ein-Euro-"Jobs" als "Attacke auf die Rechte von Beschäftigten und Erwerbslosen" bezeichnet. In der Begründung schreibt das SFC: "Auch wenn die offizielle Sprachregelung von >neuen Jobs< und >Arbeitsplätzen< spricht: Jeder und jede weiß, dass es sich bei diesen Tätigkeiten keineswegs um >ordentliche Arbeit< handelt, ja es sind noch nicht einmal >Jobs<: Diese Tätigkeiten begründen kein Arbeitsverhältnis, sie finden ohne Arbeitsvertrag statt, sie sind nicht tarifiert, sie werden nicht entlohnt, die Beschäftigten besitzen nicht die normalen ArbeitnehmerInnenrechte." Die Initiative bezweifelt, dass die Arbeitsgelegenheiten >gemeinnützig< und >zusätzlich< wären: "Wir meinen, dass die so genannte >Zusätzlichkeit< täglich produziert wird und zwar durch den Kahlschlag in allen Bereichen des sozialen Hilfesystems und der sozialen Sicherung, die Ausdünnung von Leistungskatalogen; jede Entlassung und jede geschlossene Einrichtung schafft neue >Zusätzlichkeiten<, mit der 1-Euro-Tätigkeiten in diesen Bereichen gefordert und begründet werden."



Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen

Bei den "1-Euro-Jobs", handelt es sich um Beschäftigungsverhältnisse, die nicht dem Arbeitsrecht unterliegen. Die Erwerbslosen beziehen weiterhin ihr Arbeitslosengeld II (Alg II) und erhalten zusätzlich eine Mehraufwandsentschädigung von ein bis zwei Euro pro Stunde. Die Beschäftigungsträger erhalten eine monatliche Pauschale bis max. 500 pro Person inklusive Mehraufwandsentschädigung. Ab 15 Stunden Beschäftigung pro Woche zählen die TeilnehmerInnen in der Statistik nicht mehr als arbeitslos. Die Teilnahme ist allerdings nicht freiwillig: Wird die zugewiesene Arbeit abgelehnt, wird das Alg II drei Monate lang um 30 %, also rund 100 €, gekürzt, im Wiederholungsfall um weitere 30 %.



Die Pensionsansprüche von Kanzler Gerhard Schröder (SPD) sind seit 2002 um knapp acht Prozent auf 8937.- Euro pro Monat gestiegen
"Bild", 14.06.2004

Junge Leute werden diesen Angriff deutlich zu spüren bekommen. Nach § 3 Absatz 2 des SGB II wird für die ca. 367.000 Jugendlichen mit Anspruch auf ALG II zukünftig jeder Job zumutbar sein: "Erwerbsfähige Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach diesem Buch in eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln." Ein großer Teil der für die 600.000 geplanten Ein-Euro-Jobs zur Verfügung gestellten Bundesmittel von 6,35 Mrd. Euro werden folglich dafür verwandt werden, die Klientel der "U 25" in Arbeit zu pressen. Nach einem Papier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) soll dadurch eine Aktivierungsquote von 52 %, d.h. rund 191.000 "Stellen"-Angebote für die unter 25-Jährigen geschaffen werden. Lehnen Personen unter 25 Jahren die Arbeitsgelegenheiten ab, wird das Geld zum Leben drei Monate lang komplett gestrichen. In diesem Fall "können" Lebensmittelgutscheine zugeteilt werden.

Die "1-Euro-Jobber" sind aufgrund ihres Leistungsbezuges nach dem SGB II in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der Rentenversicherung versichert. Der Unfallschutz besteht über die Berufsgenossenschaft. Anspruch auf Fahrtkosten und Arbeitskleidung soll allerdings durch die Mehraufwandsentschädigung von eben 1 bis 2 Euro gedeckt sein.

Es bleiben 60 Cent am Tag

Zu was das führen kann, beschrieb eine junge Frau im Diskussionsforum der website tacheles-sozialhilfe.de:

"Ich bin alleinerziehend, meine Tochter ist 4 Jahre, geht in den Kindergarten. Die Betreuungszeiten sind von 7-13 Uhr. Ich habe eine 3-jährige Ausbildung zur Altenpflegerin gemacht, mit Examen und staatlicher Anerkennung. Leider habe ich nach meinem Examen keine Anstellung gefunden, da ich schwanger war. Danach 3 Jahre Erziehungsurlaub, seit November 2003 suche ich eine Anstellung in der Altenpflege.

...

Die Kinderbetreuung ist nur während der Kindergartenzeiten gewährleistet. Busse fahren hier alle halbe Stunde. Ich hatte einen Termin beim Arbeitsamt, wo mir mitgeteilt wurde, das ich ab dem 1.1.2005 gemeinnützige Arbeit leisten müsste, wenn ich das nicht tun würde, würde ich kein ALG2 bekommen. Wie man mir mitteilte, wäre momentan die

Die Pensionsansprüche von Außenminister Fischer (Grüne) sind seit 2002 um 14,7 Prozent auf 9520.- Euro pro Monat gestiegen
"Bild", 14.06.2004



Teilnahme an dieser gemeinn. Arbeit freiwillig und ich könne mir noch aussuchen, wo ich arbeiten möchte, das wäre ab Januar nicht mehr möglich, ich würde dann "irgendwo" eingeteilt. Da ich arbeiten möchte, habe ich zugesagt. Eine Dame meldete sich später telefonisch, von einem Verein namens Alia, klärte mich auf, dass ich jeden Montag an einer Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen müsse, Pflicht vom Arbeitsamt, und dass sie mich in einem Altenheim anmelden würde, wo ich dann für 1,50 Euro die Std. arbeiten müsste, als examinierte Pflegekraft. Nun sieht es aber so aus, dass das Fahrgeld nicht übernommen wird. Ich müsste also 3 Stunden täglich arbeiten, bekomme pro Std. 1,50 und bezahle für Hinfahrt und Rückfahrt je 1,95 Euro Busgeld. Bleiben unterm Strich 60 Cent, die ich dann am Tag verdiene. Die Montage, die Pflicht sind, finden in einem Ort statt, der schlecht mit dem Bus zu erreichen ist, die Fahrtzeit hin und zurück beträgt etwas über 1 1/2 Std. (Auch hier sind die Fahrtkosten aus eigener Tasche zu zahlen.) Von 8-13 Uhr. Auf der Hinfahrt gäbe es die Möglichkeit, mich mitnehmen zu lassen, auf der Rückfahrt nicht, da ich gegen kurz nach 11 dort los fahren muss, da der KIGA um 13 Uhr schließt. Ich kann also diese Pflichtmontage nicht bis zum Ende mitmachen, wodurch mir dann Sanktionen durch Arbeitsamt drohen. ... Die Dame von Alia sagt mir, dass die Maßnahme 9 Monate dauert. ... Ich fühl mich veräppelt, habe das Gefühl, dass der kleine Mann noch ärmer wird, während sich Arbeitgeber und große Konzerne die Taschen füllen können und das nur, damit Politiker mit weißer Weste dastehen und sagen können, was wollen sie denn? Die Hälfte aller Arbeitslosen hat Arbeit bekommen! Aber zu welchen Konditionen, da fragt niemand nach!!"

Kassieren tun die Träger

Der Celler AfA-Chef Hans-Jürgen Genz rechnete die Arbeitsgelegenheiten im August noch schön: "Wenn zum Beispiel jemand zu seinem Arbeitslosengeld zwei zusätzlich für eine Vollzeitanstellung mit 38,5 Wochenstunden pro Stunde 1,50 Euro bekommt, dann kommen pro Monat immerhin 250 Euro zusammen - wohlgemerkt ohne Anrechnung auf das Arbeitslosengeld und als nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Das sollte ein Anreiz sein." (CZ, 13.08.2004)

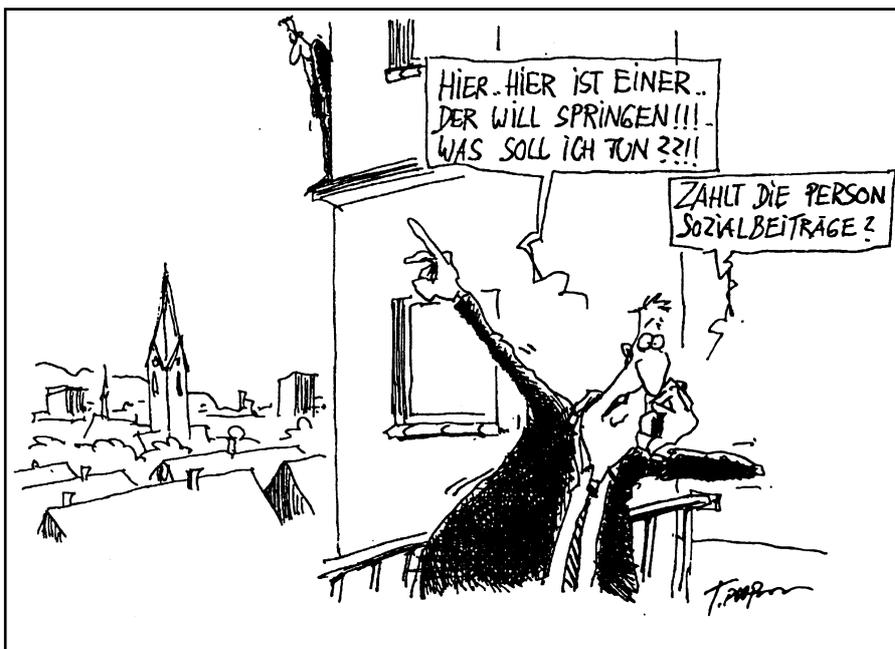
Wie sieht die Realität aus? In Celle hat die Agentur für Arbeit als Rahmen folgendes vorgesehen: Gezahlt werden 1,30 Euro pro Stunde, die Arbeitszeiten variieren, sollen aber 30 Wochenstunden nicht überschreiten. Die Träger bekommen aktuell 280 Euro; darin enthalten ist die Mehraufwandsentschädigung (bei einer 30 Stundenwoche 169 Euro), 60 Euro als durchschnittliche Fahrtkostenpauschale und 51 Euro als Verwaltungspauschale. Macht der Träger irgendetwas, das er „Qualifizierung“ nennt, erhält er 52 Euro zusätzlich im Monat. Immerhin ist in Celle die Erstattung von Fahrgeld vorgesehen, wobei - wie schon zu hören war - die Zahlung für die Träger keine Selbstverständlichkeit zu sein scheint; die Erstattung der Kosten für Arbeitskleidung ist nicht vorgesehen - im Extremfall könnte der Ein-Euro-Job also sogar ein Minus-Job werden.

Als Träger haben sich bisher vor allem die Kirche und Wohlfahrtsverbände her- vorgetan. Aber auch die CD-Kaserne hat im Ersatz für die BSHG § 19-Kräfte, die bisher den Hof fegen und bei Veranstaltungsauf- und Abbau helfen 1-Euro-Kräfte beantragt. Die Stadt Celle hält sich zurück und will nach Aussage von Fachbereichsleiter Wilhelm von Fintel gegenüber des SFC den Umfang der Arbeitsgelegenheiten nicht über die bisherige Stellenzahl im Rahmen des BSHG § 19 ausdehnen. (Schaun wir mal!)

Betriebs- und Personalräte sind gefordert

Zwar sind die Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten begrenzt, dennoch können Betriebs- bzw. Personalräte beurteilen, ob die Arbeitsgelegenheiten zusätzlich zu den normalen Arbeitsplätzen eingerichtet werden oder ob vorher tariflich beschäftigte Kolleginnen und Kollegen die Arbeiten erledigt haben.

Ein Betriebsrat ist nach §§ 80 Abs. 2 BetrVG rechtzeitig und umfassend zu unterrichten. Diese Unterrichtungspflicht erstreckt sich auch auf Personen, die nicht in einem Arbeitsverhältnis zum Arbeitgeber stehen. Eine vergleichbare Informationspflicht und Überwachungsmöglichkeit bezüglich des Arbeitsschutzes gibt es auch für Personalräte nach §§ 66 und 68 BpersVG. Nach §§ 99 BetrVG besteht ein Mitbestimmungsrecht bei personellen Einzelmaßnahmen, wenn im Betrieb mehr als 20 Personen beschäftigt sind. Denn nach überwiegender Ansicht kann unter Einstellung sowohl die Begründung eines Arbeitsverhältnisses, aber auch die Arbeitsaufnahme an einem bestimmten Arbeitsplatz verstanden werden. Damit liegt eine mitbestimmungspflichtige Einstellung vor, wenn Personen (also nicht nur Arbeitnehmer) in den Betrieb eingegliedert werden, um zusammen mit den



dort schon beschäftigten Arbeitnehmern den arbeitstechnischen Zweck des Betriebes durch weisungsgebundene Tätigkeit zu verwirklichen. Die Mitbestimmung wurde z.B. auch dann bejaht, wenn ein ehrenamtlicher Einsatz von Mitgliedern des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) im Rahmen eines vom DRK betriebenen Rettungsdienstes erfolgte. Dies entspricht dem Schutzzweck des § 99 Abs. 2 BetrVG, insbesondere dem Schutz der bereits im Betrieb Beschäftigten. Insbesondere besteht damit für den Betriebsrat die Möglichkeit die Zustimmung zu verweigern, wenn ein Verstoß gegen Arbeitsschutzvorschriften vorliegt, bereits Beschäftigte von Entlassung bedroht sind oder bereits Beschäftigte benachteiligt werden könnten.

Die Träger könnten selbstverständlich auch Einfluss auf die Bedingungen zu nehmen. Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig und das Diakonische Werk haben "Leitlinien" entwickelt, in denen u.a. gefordert wird: "Freiwilligkeit bei Anbietern und Teilnehmern ist unerlässliches Kriterium für die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten in Diakonie und Kirche. Die Freiwilligkeit soll in der Weise hergestellt werden, dass kirchliche und diakonische Einrichtungen Angebote

Seezungenröllchen in Weißwein-Sahne-Sauce - Ein Rezept von Martin Biermann, Oberstadtdirektor der Stadt Celle

Zutaten für 4 Personen: 2 Blätterteigplatten (TK), Salz, weißer Pfeffer aus der Mühle, 1 Bund Dill, 1/4 Sellerie, 1 Möhre, 1 Lauch, 20g Butter, 150g Langkornreis, 40ccm Weißwein, 8 Seezungenfilets, 1/4l Schlagsahne, 1 Zitrone, 4 Riesengarnelenschwänze, 200g Champignons

Zubereitung:

Die Seezungenfilets mit Zitronensaft marinieren und rollen. Seezungenröllchen, Riesengarnelen mit Sellerie, Möhren, Lauch mit Weißwein pochieren. Fischfond einkochen, mit Fischvelouté auffüllen, durchkochen, passieren, mit Cayenne würzen, mit Butter montieren, frisch gezupften Dill begeben, anrichten. Mit Champignons, Riesengarnelenschwänzen die Seezungenröllchen umgeben, mit Weißwein-Sahne-Sauce überziehen und mit Sauce-Hollandaise gratinieren. Zum Schluß mit Fleurons garnieren.

Gefunden unter: www.celle-schmeckt.de/PromiRez2.htm



unterbreiten, aus denen die Arbeitsagentur und die Arbeitsuchenden auswählen können. Freiwilligkeit schließt auch Sanktionen durch die BA aus, wenn Anbieter oder Teilnehmer erkennen, dass es nicht sinnvoll ist, in diesem konkreten Feld weiter zusammenzuarbeiten."

DGB fordert reguläre Beschäftigungsverhältnisse

Selbstverständlich muss es erstmal mit allen Mitteln darum gehen, den neuen Reicharbeitsdienst auszuhebeln. Für denkende Mitmenschen ist da eine Aufstellung des DGB Hessen interessant: Statt Arbeitsgelegenheiten ließen sich auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen, und dies zum großen Teil selbst finanzieren,

wie nachfolgende Rechnung zeigt: Alg II - Regelsatz Alleinstehende/r (345) + Wohnkosten incl. Heizung (320-400) + Sozialversicherungsbeiträge (215) + Träger-Pauschale für 1- -Job (500) + Personal- und Verwaltungspauschale, die der Bund an die AfA bzw. Kommune zahlt (85), das ergibt die Summe von 1.465 - 1.545 . Kein fetter Lohn, aber: Die Beschäftigten hätten mehr als bei einem Ein-Euro-Job - und vor allem hätten sie einen normalen Job mit Arbeitnehmerrechten.

Wenn dies schon für einen Alleinstehenden gilt, wäre es für Erwerbslose mit Familie rechnerisch noch einfacher.

Aber scheinbar geht es genau darum nicht. Es geht um einen Angriff auf Erwerbslose und - über den Hebel des Lohndumping - auf Beschäftigte.

Soziales Bündnis Celle fordert klare Regeln

1-Euro-Jobs

Bündnis Celle fordert klare Regeln bei der regionalen Umsetzung sowie Träger und Kommunen zur Zurückhaltung auf

Die 1 - Euro - Jobs. In diesem Jahr soll es noch bis zu 200 davon geben. Ab 2005 soll die Zahl der sogenannten Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung' dann auch in der Region Celle kräftig ansteigen.

Diese Arbeiten sollen für einen Stundenlohn von 1,30 Euro Stundenlohn bei Kommunen und gemeinnützigen Einrichtungen verrichtet werden. Die Umsetzungsrichtlinien sagen eindeutig, dass diese Job's zusätzlich sein müssen, reguläre Arbeitsplätze dürfen nicht verdrängt werden, und sie müssen gemeinnützig sein.

Genau an dieser Umsetzung hat das Soziale Bündnis allerdings erhebliche Zweifel. Es befürchtet, dass in der Praxis in einigen Bereichen regulär bezahlte Arbeit durch Billigjobs verdrängt werden. "Diese Erfahrungen haben wir ja bereits in früheren Jahren z.B. bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und bei der Hilfe zur Arbeit nach dem Bundessozialhilfegesetz § 19 gemacht", so Tom Seibert, der Sprecher des Sozialen Bündnis.

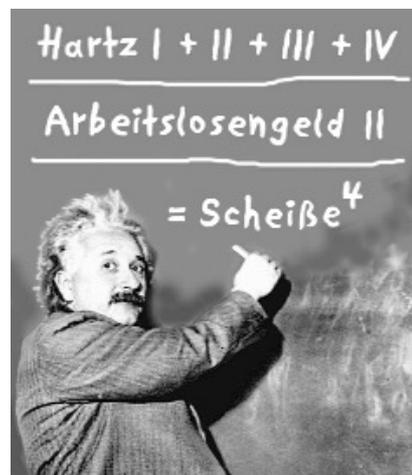
Tom Seibert betont, dass es deshalb dringend notwendig sei, regional Kriterien für diese Jobs festzulegen. Aus Sicht des Bündnis wären dies:

Vorrang bei der Integration in den Arbeitsmarkt sollten weiterhin sozialversicherungspflichtige Maßnahmen haben. Die 1 - Euro - Jobs sollten die Ausnahme bleiben und auf bestimmte ‚Problemgruppen' begrenzt bleiben.

öffentlich geförderte Beschäftigung muss entgegengewirkt werden. Je nach Problemlage sollten intensive Betreuung und Anleitung sowie Qualifizierungselemente verbindlich vorgehen sein.

Die Annahme dieser Arbeitsgelegenheiten ohne arbeitsrechtlichen Vertrag muss für die Betroffenen freiwillig bleiben. Darüber hinaus sollten den Betroffenen Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Tätigkeiten eröffnet werden. Es macht keinen Sinn, Arbeitslose ungeachtet ihrer Qualifikation und gegen ihren Willen in solche Jobs zu zwingen. Der Aufwand für Betreuung und der mögliche Schaden stehen in keinem Verhältnis.

Mit Blick auf die Praxis fordert das Soziale Bündnis Celle die Kommunen und gemeinnützigen Träger in der Region Celle deshalb auf, sehr zurückhaltend und sorgfältig mit der Einrichtung von 1 - Euro - Jobs umzugehen.



Der Herabqualifizierung durch



Celle sorgt (e) für gläsernen Flüchtling!?



Gegenüber der Lokalbeilage von ASPHALT versicherte der zuständige Fachbereichsleiter der Stadt Celle, Wilhelm von Fintel: "Wir verlangen generell keine Kassenbelege mehr." Hintergrund dieser eindeutigen Aussage war eine - mehrfach auch in revista - kritisierte Praxis der Stadt Celle gegenüber Flüchtlingen, die mit Wertgutscheinen einkaufen müssen. Sie bekommen seit Mitte 2002 bei ihren Einkäufen in Supermärkten keine Kassenbelege mehr ausgehändigt, weil die Stadt verlangt, diese müssten zur Verrechnung den Wertgutscheinen angeheftet werden. Schon die Tatsache, dass Flüchtlinge in den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts in Celle Gutscheine statt Bargeld bekommen, zielt eindeutig auf Diskriminierung. Die von der Stadt verordnete Verweigerung der Kassenbelege setzt aber noch eins drauf: Die Flüchtlinge können ihre Einkäufe weder nachvollziehen, noch anschließend schadhafte Waren umtauschen. Der Stadt Celle hingegen ist es möglich, für jede einzelne Flüchtlingsfamilie genauestens nachzuvollziehen, was sie wo und in welchen Mengen einkauft - denn die Gutscheine sind mit Nummern eindeutig bestimmten Personen zuzuordnen. Vor über zwei Jahren wandten sich KritikerInnen dieser Praxis an den niedersächsischen Datenschutzbeauftragten. Der benötigte Monate, um diesen doch eindeutigen Vorgang als problematisch zu bewerten und

von der Stadt eine Änderung dieses Verfahrens einzufordern. Anfang April 2004 schließlich teilte er mit: "Die Stadt Celle wird künftig auf die Vorlage von Kassenbelegen verzichten. Aus datenschutzrechtlicher Sicht wird diese Entscheidung begrüßt." Die Stadt änderte - den Satz - aber nicht die Praxis. Statt der Formulierung: "Beizufügen ist der Kassenbeleg, aus dem sich der Kaufgegenstand ergeben muss", hieß es im Mai 2004: "Beizufügen ist der Kassenbeleg, aus dem sich die Warengruppe ergeben muss." Nach erneuter Beschwerde beim Datenschutzbeauftragten teilte dieser im September mit, dass "nach Mitteilung der Stadt Celle die Wertgutscheine ab September 2004 nicht mehr den beanstandeten Passus [enthalten], dass für die Abrechnung der Kassenbeleg mit Angabe der Warengruppe beizufügen ist." Und Wilhelm von Fintel sprach jene Versicherung aus, die am Eingang dieses Textes zu lesen ist. Die Stadt strich - einen Nebensatz, aber nicht die Praxis. Seit September ist auf den Gutscheinen zu lesen: "Beizufügen ist der Kassenbeleg." Fett gedruckt. Im Dezember schließlich schrieb der Landesbeauftragte für Datenschutz den Kritikern: "... auf meine erneute Anfrage hat mir die Stadt Celle ... mitgeteilt, dass durch ein bedauerliches Versehen die beabsichtigten Änderungen nur teilweise umgesetzt worden sind. Es sei nunmehr jedoch veranlasst worden, dass der entsprechende Passus auf den Gutscheinen gelöscht wird. Allerdings würden die Gutscheine für den Monat Dezember 2004 den Hinweis noch enthalten. Die Umstellung erfolge mit dem Druck für Januar 2005."

Anschlagserie gegen Kurden - Verdächtiger gefasst



Am 18.11.2004 gelang es der Polizei endlich, einen 31-jährigen Erwerbslosen aus Celle festzunehmen, der jetzt verdächtigt wird, insgesamt die Anschlagserie gegen kurdische Geschäfte und Autos durchgeführt zu haben. Er wurde verhaftet, nachdem er einen in der Otto-von-Boehn-Straße parkend abgestellten Mercedes in Brand gesetzt hatte. Der allein stehende Tatverdächtige wohnt in einem Mehrfamilienhaus in der Nähe des letzten Tatortes. In der Zeit vom 03.12.2003 bis zur Verhaftung war es in Celle zu einer Serie von über 40 Einzeltaten gekommen. Es handelte sich dabei um 8 Brandstiftungen gegen Pkw, 19 Sachbeschädigungen an Pkw und 14 Sachbeschädigungen gegen kurdische Gewerbebetriebe mit einem Gesamtschaden von etwa 150.000 Euro.

Vor dem letzten Anschlag war noch im Oktober der Golf eines 28-jährigen Kurden im Eilensteg und der Mercedes des

"Schneede Grill"-Inhabers Selhattin Kiy in Brand gesetzt sowie die Fensterscheibe des "Döner-Treff" in der Neustadt eingeworfen worden. Während die Betroffenen Fremdenfeindlichkeit vermuten, gab die Polizei bekannt, dass sie sich auf kein konkretes Motiv festlegen wolle. Selbst ein bei einem Anschlag auf den Schneede-Grill im September gespraytes Hakenkreuz war für die Polizei kein sicheres Anzeichen für einen rechtsradikalen Hintergrund. Die Polizeisprecherin gegenüber der CZ: "Das könnte auch eine bewusst gelegte Trugspur sein." Bis zum Redaktionschluss gab es seitens der Polizei keine weiteren Angaben zum Tatmotiv. Der Tatverdächtige stand bereits 2001/ 2002 im Verdacht, eine Serie von Brandstiftungen u.a. gegen die Kreisverwaltung begangen zu haben, nachdem ihm die Wiedererteilung einer Fahrerlaubnis verweigert worden war. - Die Celler SPD hatte im Oktober mit der Forderung nach einem Ausländerbeirat reagiert, der in ersten Stellungnahmen aber von Vertretern der anderen Ratsfraktionen abgelehnt und mit Skepsis betrachtet wird.



Aller-Insel Media-Markt soll her

Bis zum Jahr 2010 soll die Allerinsel städtebaulich umstrukturiert werden. Die ersten Vorstellungen zur Nutzung des etwa 20 ha großen Areals sehen neben den bisherigen Nutzungen als Fest- und Parkplatz vor allem Kleingewerbe (7 ha), Wohnbebauung (1,4 ha) und Einzelhandel (1 ha) vor. Auch eine Mehrzweckhalle (1 ha) ist Bestandteil der Überlegungen. - Keine Bedenken mehr bestehen auf Seiten von Rat und Verwaltung gegen die Ansiedlung eines großflächigen Elektronik-Fachmarktes. Als Standort ist die Aller-Insel im Gespräch. Das Nürnberger Marktforschungsinstitut GfK hatte bestätigt, was in Celle jeder weiß: Für Unterhaltungselektronik gibt es in Celle weder Auswahl noch kundenfreundliche Preise.

Ritterkreuzler - unaussterbbar?

Sie sind tatsächlich zäh wie Leder - und wie es scheint unaussterbbar. Die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR), die unsere kleine Stadt im Jahr 1994 "beehrte", traf sich dieses Jahr in Hameln. In der OdR versammelten sich nach dem Krieg jene Angehörige der Wehrmacht und Waffen-SS, die vom Führer persönlich mit dem höchsten Orden, dem Ritterkreuz, ausgezeichnet worden waren. Ein Orden fürs Morden, wie es seinerzeit bei den Protesten in Celle hieß. Beim 50. Treffen der OdR in Hameln kamen immer noch 300 alte Krieger zusammen, leider mehr als der Protest auf die Beine bringen konnte. Und in der Leserbriefspalte der CZ fanden sich zwei Unterstützer. Die immer wieder durch reaktionäre Leserbriefe hervorgetretenen Eberhard Heenes und Hanno Graf von Kielmansegg verteidigten mal wieder die Ehre des deutschen Soldaten. Der ehemalige NATO-General Kielmansegg, auch Interviewpartner der "Jungen Freiheit"

Unterzeichner eines Aufrufs der Büso hatte den Lesern mitzuteilen: "Ritterkreuzträger sind Soldaten aller Dienstgrade ..., die für vorbildliches Verhalten und große Tapferkeit im Kriege ausgezeichnet wurden". Ein Beispiel für solch vorbildliches Verhalten gab der Ritterkreuzträger Oskar Dirlewanger: Als Waffen-SS'ler bildete er im KZ Oranienburg die erste Bewährungseinheit der SS aus und ging mit dieser Einheit anschließend nach Polen, um dort ein jüdisches Arbeitslager zu "überwachen". 1942 erfolgte eine Verlegung nach Weißrussland und im April dort ein massiver Einsatz gegen Partisanen. Dirlewangers Verbände ermordeten im Rahmen dieser "Operation" ca. 15.000 Menschen. Das Ritterkreuz verliehen bekam Oskar Dirlewanger schließlich im Zusammenhang mit dem Einsatz der von ihm geführten "Brigade Dirlewanger" bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes im August/September 1944. Nur ein Beispiel von vielen. 1999 untersagte der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) der Bundeswehr jeden dienstlichen Kontakt zur OdR und ihren Unterorganisationen. Scharping erklärte, der Verein werde von Leuten geführt, "die sehr nahe am Rechtsradikalismus sind, zum Teil direkt drin". Putzig war in Hameln, dass bis zum Aufkeimen öffentlichen Protests der SPD-Landrat beabsichtigte, vor den alten Kriegern ein Grußwort zu sprechen.

Betülya darf bis 2006 bleiben

Es muss schon als Erfolg angesehen werden, dass die 16-jährige Wietzerin Betülya Kilic erst nach Erreichung ihres Realschulabschlusses Deutschland verlassen muss. Der Landkreis Celle hatte zuletzt immer die sofortige Ausreise der Schülerin gefordert, die vor acht Jahren nach dem Tod ihres Vaters aus der Türkei zu ihren in Wietze lebenden Großeltern gezogen war - für die Behörden eine "illegale Einreise". Der Landkreis Celle drohte zuletzt damit, das Mädchen in ein türkisches

Waisenhaus abzuschicken. Auch aufgrund des öffentlichen Protestes erhielt Betülya jetzt eine "Duldung" bis zum 1. September 2006. Wie aus Kreisen der Unterstützer zu hören war, wurde eine Vereinbarung mit dem Landkreis getroffen, in dem die Großeltern und Betülya ihre Ausreise in die Türkei bis zum vorgegebenen Datum zusichern. Weiter soll Betülya auf Sozialleistungen verzichten. Die Großeltern sind mit ihr offenbar deshalb in eine kleinere Wohnung gezogen.

Spitzenreiter bei Privat-Insolvenzen

Bei einer Landkarte der Firmenpleiten in Deutschland belegen Stadt und Landkreis Celle mit 164 Insolvenzen auf 100000 Einwohner in den ersten 9 Monaten dieses Jahres Rang 10 - und sind damit in Niedersachsen die Nummer 1. Der Pleitegeier kreist über Stadt und Landkreis. Entscheidender Auslöser für Privatinsolvenzen ist der Wegfall eines Einkommens durch Arbeitslosigkeit.



Celle goes China?

Nach dem gescheiterten Versuch mit dem moldawischen Handelshaus macht's Celle jetzt gleich eine Nummer größer: Man will zu einem Dreh- und Angelpunkt für China-Geschäfte werden. Dazu bewilligte der Stadtrat die Einrichtung einer 65.000 Euro-Stelle im Rathaus. Von hier sollen mittelständische UnternehmerInnen mit Informationen und Kontakten zum Reich der Mitte versorgt werden. Und



ohne Ausschreibung präsentierte die Verwaltungsspitze nur vier Wochen später die Glückliche, die künftig mitbekommen soll, wo in China gerade ein Sack Reis umgefallen ist - den dann Celler Firmen aufstellen können. Die mit üppigem Jahresgehalt ausgestaffierte Koordinationsstelle (im Haushalt sind 65.000 Euro eingestellt) wird ab Januar von Lydia Richter besetzt, die von 1998 bis 2003 als Lehrkraft beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) auf Deutsch-Kolleg der Tongji Uni in Shanghai unterrichtet hat. Die Stadtoberen hoffen Celle mit diesem Projekt als China-Zentrum in der so genannten Metropolenregion Hannover - Braunschweig - Göttingen etablieren zu können. Im Gästebuch der Celleschen Zeitung wurde angesichts der schnellen Stellenbesetzung über Vetternwirtschaft spekuliert und die Frage gestellt, ob für die Einrichtung der Stelle nicht vielleicht ausschlaggebend gewesen sei, dass Lydia Richter eine Stelle gesucht hat. Und in einem Leserbrief wurde eingewandt, dass die Erteilung von Sprachkursen und die Beratung chinesischer Studenten für ein Auslandsstudium in Deutschland nicht gerade für Kontakte zu chinesischen Regierungsstellen und Kenntnissen der Wirtschaft verbürge.

Schulprojekt zur Pogromnacht

Schüler der GHS Blumlage haben sich an einem Ausstellungsprojekt "Der 9. November in der niedersächsischen Geschichte des 20. Jahrhunderts" beteiligt, zu dem der Präsident des Nds. Landtags, Gansäuer, aufgerufen hatte. Die SchülerInnen entwickelten eine kleine Ausstellung zum Thema: "Judenverfolgung in Celle", die zusammen mit den Arbeiten 30 anderer Schulen am 9.11. im Landtag präsentiert wurde.

Biermann weiter TuS-Vorsitzender

Trotz der gegen ihn laufenden Ermittlungen, sich in angetrunkenem Zustand eines Polizeiwagens bemächtigt und diesen gegen eine Wand gesetzt zu haben, wurde Sebastian Biermann auf der Jahreshauptversammlung des TuS-FC einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. In den Vorstand gewählt wurde zudem Frank Pillibeit. Der Stadtverbands-Vorsitzende der JU ist unseren Lesern auch bekannt als Unterzeichner eines Solidaritäts-Appells für Martin Hohmann, der wegen einer antisemitischen Rede aus CDU-Bundestagsfraktion und Partei geflogen ist.

regionales Instandsetzungszentrum, es wurden Lehrübungen und lehrgangsgebundene Führerausbildungen durchgeführt. Soldaten des Bataillons werden auch im KFOR-Einsatz im Kosovo beteiligt. - Reflexhaft war das Gejammer der Verwaltungsspitze und der Landes- und Kommunalpolitiker groß: Kaufkraftverlust, sinkende Immobilienpreise usw. usw. Bitter enttäuscht war man darüber, dass der verantwortliche Kriegsminister Struck sich in seiner Eigenschaft als lokaler Bundestagsabgeordneter kein Erbarmen mit dem Celler Standort hatte. Putzig wurde es bei Amei Wiegel (SPD), die der Stadt vorwarf, die Beziehung zu Struck nicht intensiver gepflegt zu haben. Im Stadtrat fragte sie: "Hat man



Scheuen ohne Bundeswehr

Das seit April 1969 in Scheuen stationierte Panzerlehrbataillon 334 wird aufgelöst. Die 570 Soldaten verlassen Celle, wann und wohin sie versetzt werden ist unbekannt. Ihre 40 Kampfpanzer Leo 2A6 werden sie aber wohl mitnehmen. Der Standort Scheuen war zuletzt

ihm schon mal eingeladen, sich ins Goldene Buch einzutragen?" Während die LokalpolitikerInnen sich noch richtig überrascht zeigten, war am nächsten Tag in der CZ zu lesen, dass die Landesfeuerwehrschule mit dem Bundesvermögensamt schon Verhandlungen um etwa ein Drittel der Kasernenfläche führe, die für Übungszwecke genutzt werden sollen. Weitere Nachnutzungen sind ungewiss; der hinter dem Kasernengelände liegende Übungsplatz mit Hubschrauberlandeplatz soll genauso wie die Standortschießanlage weiter vom Fliegerhort Wietzenbruch genutzt werden.

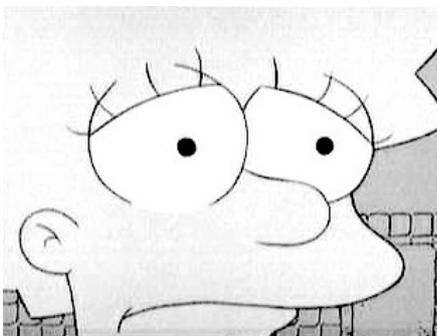
Im Landkreis sollen 310 Stellen beim Fliegerhorst



Faßberg abgebaut werden, in der Truppenübungsplatzkommandantur Bergen soll von 440 auf 350 Stellen gekürzt werden und in Hambühren werden zehn Stellen eines Betriebsstofflagers aufgelöst.

Bode (FDP) für Lager-"haltung"

Der Celler FDP-Landtagsabgeordnete Jörg Bode hat sich für die Konzeption der Landesregierung ausgesprochen, die Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge in Bramsche zu einer "Drehtür" für Asylbewerber zu machen; Motto: Wer's noch schafft, nach Deutschland zu kommen, soll schneller wieder raus. In Bodes Pressemitteilung hört sich das dann so an: "Hier ... gibt es eine sehr differenzierte Beratung über Rückkehr und Förderprogramme."



VHS erhöht Gebühren

Die Kürzung der Zuschüsse durch die Landesregierung um 15 %, d.h. um fast 80.000 Euro bringt die Celler Volkshochschule in Nöte. Der Leiter der VHS, Wolfgang Gotter, kündigte an, die Kursgebühren zu erhöhen und Ermäßigungen für Lehrgänge im zweiten Bildungsweg ganz abzuschaffen. Auch würde das Angebot verringert werden müssen. Weil auch die Agentur für Arbeit bei der Finanzierung von Bildungsmaßnahmen "spare", hat die Celler VHS bereits sieben befristete Arbeitsverträge nicht verlängert.

Ein-Euro-Jobs

Anfang November vermeldete die Celler Agentur für Arbeit, dass bei ihr bereits 150 Anträge auf die Einrichtung von so genannten Ein-Euro-Jobs eingegangen seien. Bis zum Jahresende rechnet man mit 200. Es hat also der zu erwartende Run auf die Billigsklaven eingesetzt. Leider war der Pressemitteilung nicht zu entnehmen, wer sich in besonderer Weise "engagiert".

Hegers gegen Hindukusch

In einem CZ-Interview äußerte der ehemalige Standortälteste, CDU-Ratsherr und heutige Vorsitzende des Garnison-Museums Hans-Dieter Hegers einige unerwartete Ansichten. Er bestritt, "dass Deutschland in Afghanistan verteidigt wird", und warf Struck vor, den "Heimatschutz" zu vernachlässigen: "Wir haben nicht den Auftrag, die ganze Welt zu bereisen und zu sichern. Und der Wunsch nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat ist Großmannsdenken - da haben wir nichts zu suchen."

Keine Rassisten in Winsen?

Die Ermittlungen zu dem Brandanschlag auf die Winsener Obdachlosenunterkunft, in der auch Flüchtlinge untergebracht sind, lassen nach Darstellungen der Polizei nicht auf ein rassistisches Motiv schließen. Aufgeklärt allerdings sei die Tat nicht.

Benneter: Uni statt Gefängnis

Der Generalsekretär der SPD, Klaus Uwe Benneter, hielt im November im Rittersaal des Celler Schlosses ein Referat mit dem Titel "Deutschland zukunftsgerecht erneuern". "Uni statt Gefängnis" soll er dabei im Bezug auf

die Geschichte, Celle habe sich im 18. Jahrhundert gegen eine Universität entschieden, als Ziel sozialdemokratischer Politik formuliert haben, denn: "Bildung ist Deutschlands Zukunft". Die Zahlen sprechen interessanterweise eine ganz andere Sprache: 1992 gab es in Deutschland 39500 Strafgefangene, 2003 63600 - eine Steigerung um 60 %. Studierende gab es 1992 1,83 Millionen und 2004 2,02 Millionen - eine Steigerung um 10 %. In neue Gefängnisplätze wurde in den vergangenen 12 Jahren in großem Maßstab investiert, was man von Unis nicht gerade sagen kann. Aber das ist halt die NEUE Sozialdemokratie. Da verspricht Benneter zudem: "Ab 2005 wird jedem unter 25 ein Arbeitsplatz garantiert." Was ist die Wahrheit? Jeder unter 25 der keine Ausbildung macht oder einen Arbeitsplatz hat, wird als "Ein-Euro-Jobber" zum neuen Reichsarbeitsdienst verpflichtet. Ein Arbeitsverhältnis, das den Begriff "Arbeitsplatz" verdient, entsteht mit diesen Arbeitsgelegenheiten, die ja nicht einmal Jobs sind, nicht. Immerhin bereinigen sie die Statistik; und so können dann die Sozialdemokraten - wie es in der Ankündigung hieß - wieder "aufrecht durch die Welt gehen".

WASG in Celle gegründet

Mitte November gründete sich in Celle die Regionalgruppe Südheide der WASG (Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit). Vorsitzender wurde Gert Brandes aus Bad Bevensen; für die Koordination im Landkreis Celle zuständig sind Antje Berweger, Andreas Hauptmeyer und Rainer Dziech. Die Partei will zur nächsten Bundestagswahl und auch zur Kommunalwahl in Celle 2006 kandidieren. Was die Vertreter gegenüber CZ und Celler Kurier äußerten, waren linksgewerkschaftliche Positionen. Gegen Hartz IV, für kürzere Arbeitszeiten gegen Lohnkürzungen, weil sich dies negativ auf die Binnenkonjunktur auswirkt. So weit, so gut. Ein bisschen verwirrend ist nur, aus wessen Mund diese Forderungen kom-



men: Gert Brandes war während seines letzten beruflichen Engagements Chiquita-Marketing-Manager für Deutschland. Der Bananen-Konzern nun war bis vor wenigen Jahren nicht gerade ein Garant von ArbeitnehmerInnenrechten. Im Gegenteil: Chiquita gefährdete PalnatagenarbeiterInnen und Umwelt durch den Einsatz hochgefährlicher Pestizide. In den letzten Jahren allerdings hat der Konzern eine Kehrtwende durchgeführt und gilt mittlerweile als führend, was die umweltgerechte und sozialverträgliche Produktion von Bananen betrifft.

Attac Celle gegründet

Mit unerwartet großer TeilnehmerInnenzahl wurde Mitte November offiziell eine Celler Attac Gruppe gegründet. Von den 55 BesucherInnen, die zu einer Veranstaltung mit Jutta Sundermann zum Thema GATS kamen, zeigten sich 35 an einer weiteren Mitarbeit interessiert. Die Koordination der Gruppe haben vorerst: Norbert und Marion Wabnitz, Werner Langhans, Gundula Biesewig und Paul Stern übernommen. Das nächste Treffen der Gruppe ist am 27. Januar um 19.30 Uhr im DGB-Haus.

CBR an Finanzinvestor Cinven verkauft

Der Celler Textilkonzern CBR Holding mit den Marken "Street One", "Cecil" und "One Touch" ist Anfang Oktober an den europäischen Finanzinvestor Cinven verkauft worden. Über den Kaufpreis sei Stillschweigen vereinbart worden, teilten CBR und Cinven mit und bestätigten entsprechende Medienberichte. In früheren Berichten war eine mögliche Summe von mehr als einer Milliarde Euro genannt worden. 1983 gegründet, ist die CBR mit inzwischen rd. 500 Mio. Euro Umsatz und rd. 700 Beschäftigten eines der am schnellsten wachsenden Modeunternehmen (nicht nur in Deutschland). Mit rd. 4000 Einzelhändlern in Europa und rd. 600

Franchise-Stores wird das Geschäft mit jeweils 12 Modekollektionen pro Jahr abgewickelt. Cinven wurde 1977 gegründet und hat Büros in Frankfurt, London und Paris. Die europaweit tätige Beteiligungsgesellschaft investiert eigenen Angaben zufolge vornehmlich in etablierte Unternehmen mit einem Wert von mindestens 250 Millionen Euro, die über eine führende Marktposition sowie deutliche Wachstums- und Wertsteigerungsperspektiven verfügen. Für die rund 350 Celler MitarbeiterInnen in Verwaltung und Logistik ändere sich nichts; der Umzug der Marke "Street One" mit rund 70 MitarbeiterInnen nach Kirchhorst war vorher schon beschlossen und bekannt gegeben worden.

Anschlag auf AA

Mitte Oktober haben Unbekannte versucht, die Glasscheiben im Eingangsbereich der Celler Arbeitsagentur einzuschlagen. Mit silberner Farbe wurde eine Parole an die Wand gesprüht, deren Inhalt so schnell entfernt war, dass selbst unsere rasenden Reporter sie nicht in Erfahrung bringen konnten.

Streit bei den Celler Jusos

Irgendwie scheint man sich bei den Jusos aber nicht ganz einig zu sein, ob der eigenen Rolle in Schröders SPD. Die Schleimspur, die aktuell den Weg der lokalen Jusos markiert, wird scheinbar nicht von allen als einzig sinnvoller Beitrag zur Diskussion gesehen. Im Oktober wurde die website "auf Wunsch des Unterbezirksvorstandes ... offline genommen". In einer Erklärung der web-Verantwortlichen Sebastian Knabe, Michael Büker und Uwe Schäfer dazu heißt es u.a.: "Wir stehen nicht zu den spalterischen Tendenzen, die der Vorstand der Celler Jusos im letzten Jahr



immer wieder zum Ausdruck gebracht hat, und die in der >Trennung< von Bezirk und Landesverband kulminierten. Wir stehen nicht zu den intransparenten Arbeitsweisen, die sich im Vorstand der Celler Jusos durchgesetzt haben. Wir stehen nicht zu den Lügen über die Boshaftigkeit von Einzelpersonen und den Klischees die über andere Jusos und Gliederungen verbreitet werden. Wir stehen nicht zu der unkritischen Haltung zu der Politik der SPD, und dem stumpfen Dahinbeten von Parteimaterial, was wiederholt auf der Mailingliste sichtbar wurde." Hintergrund sind Beschlüsse der Unterbezirkskonferenz der Jusos; u.a. wurde beschlossen "Warum Hartz IV richtig ist": "Hartz IV trifft ausschließlich Mittel- bis Gutverdienende - sie bekommen nach Bezug des regulären Arbeitsgeldes eine Grundsicherung. Ein Sozialstaat muss sicherstellen, dass keiner liegen bleibt." So, so - kann mensch nur hoffen, dass die Betroffenen die sozialdemokratische Jugend "links" liegen lassen. Die Beschlüsse lassen sich in ihrer ganzen Standortneurotik auf der wieder eingerichteten Juso-Homepage nachlesen.

Acht Internetzugänge in Ross'scher Villa

Ab Januar sollen die kostenlosen Internet Zugänge der Stadtbibliothek in die gegenüberliegende Ross'sche Villa umziehen. Die bisherigen 2 Arbeitsplätze werden auf 8 erweitert. Dorthin verlagert wird auch die Graphotek.



Neues Management für Congress Union?

Die Kölner Althoff Hotel-Gruppe soll - so die Absicht von OB und Ratsmehrheit - künftig das Management der Congress Union für den Fall übernehmen, dass die Hotel-Kette auch den Zuschlag für den insolventen Fürstenhof bekommt. Die Congress Union, deren Ausbau mit über 60 Millionen Mark von Biermann und CDU als wichtigste Zukunftsinvestition gepriesen wurde, erwirtschaftet seit Jahren ein Minus in Höhe von über 500.000 Euro jährlich. OB Biermann will dem möglichen Fürstenhof-Investor einen auf 20-Jahre angelegten Management-Vertrag andienen. Aus der engeren Kooperation von Fürstenhof und Congress-Union erhofft man sich einen Synergie-Effekt. Wie sieht sich daraus tatsächlich schon in 2006 Einsparpotenziale in Höhe 250.000 bis 300.000 Euro ergeben sollen, können sich wahrscheinlich nur Visionäre wie der Celler Verwaltungschef ausmalen. Im Gegenteil: Wie will man ausschließen, dass sich der Fürstenhof auf Kosten der Stadtkasse saniert?

Hartz IV ohne städtische Beteiligung

Als einzige der Kommunen im Landkreis weigert sich die Stadt Celle, die von der Landkreisverwaltung angestrebte Übertragung, der sich aus Hartz IV (SGB II) ergebenden Aufgaben mitzumachen. Die Erstattung der Kosten für Miete und Heizung soll in Celle durch den Landkreis erfolgen. Dieser will diese Aufgabe an die kreisangehörigen Gemeinden übertragen. Nur die Stadt Celle will dabei nicht mitmachen. Für die betroffenen ALG II-EmpfängerInnen in der Stadt heißt dies ab Mitte 2005, dass sie mit ihren Anträgen für Miete und Heizung zur Landkreisverwaltung gehen können. Die Sachbearbeiter der städtischen Sozialverwaltung sollen größtenteils zur Arbeitsagentur wechseln.

Gedenkstätten-Stiftung ab 2005 in Celle

Nach der Auflösung der Landeszentrale für politische Bildung durch die CDU/FDP-Landesregierung sollen die bisher für die Gedenkstättenarbeit zuständigen MitarbeiterInnen im nächsten Jahr nach Celle übersiedeln. Die Landesregierung will die Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten im alten Arbeitsamt an der Welfenallee unterbringen. Mit den 12 MitarbeiterInnen kommt auch die **D o k u m e n t e n s a m m l u n g** "Zentralnachweis Verfolgung und Widerstand" nach Celle; immerhin ganz interessant für die Regionalforschung.

Wider die Islamophobie

Zunehmend scheinen Antisemitismus und Islamophobie zwei Seiten jener Medaille zu sein, in die stereotypes Handeln und neues Unverständnis mit großen Lettern eingraviert sind. Es gibt keine rational nachvollziehbare Erklärung für die aktuelle Hysterie, die gezielt und ohne Rücksicht auf Verluste gegen Muslime und Muslime aller Länder, Sprachen, kultureller und sozialer Identitäten geschürt wird.

Wer so zündelt, riskiert eine Feuerbrunst. Wir wollen das nicht!

Was treibt Mächtige in der Politik, was veranlasst manche Medien zu einer Kampagne, an deren Ende es nur Verlierer geben wird? Was nährt das Zerrbild vom Nachbarn?

Unübersehbar, und das ist u.E. das Grundübel, benachteiligen soziale Verhältnisse die geduldeten wie hier

beheimateten Mitglieder der muslimischen Gemeinschaften und jene, die von Außenstehenden dafür gehalten werden. Dumpf und zerstörerisch wird eine Islam-Feindschaft hoffähig geredet und der Irrweg in einen Anti-Islamismus geebnet. Wir erinnern daran, wann und wie aus religiöser oder ökonomischer Judenfeindschaft mörderischer Antisemitismus geworden ist. Das macht uns misstrauisch gegen jede selbstgefällige Polemik, die den Islam und mit ihm die gesamte muslimische Gemeinschaft zur verdeckt sprudelnden Quelle jenes brutalen extremistischen Terrors erklärt, der gerade auch gegen unser Volk gerichtet ist. Gegen diesen haben wir uns auch mit Muslimen verbündet.

Jahrzehnte sind ohne ein erkennbares gesellschaftliches Interesse an anderen Lebenswelten verstrichen. Der Dialog im Neben- und Miteinander setzt wissenden und gespürten Respekt voraus. Wir bedauern zutiefst, dass die EU auch mit Deutschlands Stimme nicht dem Vorschlag Spaniens gefolgt ist, den Erwerb von Kenntnissen über die Kulturen der Welt bei der Integration ihrer Vertreter in den jeweiligen europäischen Provinzen für unentbehrlich anzusehen. Es geht nicht um den Islam in Deutschland. Es muss an die Aufklärung angeknüpft werden. Lessing hat durch seinen weisen Nathan ein deutsches Leitbild der Toleranz geschaffen, auf das wir stolz sein können.

Berlin, 19. November 2004

Für den Jüdischen Kulturverein Berlin e.V.: Dr. Irene Runge, 1. Vorsitzende; Ralf Bachmann, Vorstandsmitglied; Igor Chalmiev, Integrationsbeauftragter

analyse+kritik

ak - zeitung für linke debatte und praxis

Anzeige:

ak - analyse & kritik, die Zeitung für linke Debatte und Praxis, informiert monatlich über den Klassenkampf von oben und unten (zwischen Hamburg und Haiti), das Treiben von Rechten und Rassisten - und die linke Gegenwehr. Sie bekämpft die Verharmloser des Nationalsozialismus, propagiert die internationale Solidarität und polemisiert gegen Anpasser und Sektierer. Ein Jahrgang ak ist ein Lexikon der Zeitgeschichte - aus radikal linker Sicht

Probeabo: 3 x ak für 5 EUR unter <http://www.akweb.de/>



Niedersächsisches Kopftuch

"Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet." Der Anfang des 1848 von Marx und Engels verfassten Kommunistischen Manifests erinnert an Heute - nur ist das Reizwort "Kommunismus" durch "Kopftuch" zu ersetzen.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BverfG) in 2003 kann Lehrerinnen muslimischen Glaubens Unterrichten mit Kopftuch nur auf Grund entsprechender landesgesetzlicher Regelungen untersagt werden - mit der Vorgabe, alle Religionen gleich zu behandeln. So haben dann Bundesländer mit Gespenstbekämpfung in 2004 begonnen - Vorreiter Baden-Württemberg. In Niedersachsen ist das Schulgesetz (NSchG) in § 51 Dienstrechtliche Sonderregelungen durch folgenden Bestimmung ergänzt worden: "Das äußere Erscheinungsbild von Lehrkräften in der Schule darf, auch wenn es aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen gewählt wird, keine Zweifel an der Eignung der Lehrkraft begründen, den Bildungsauftrag der Schule (§2) überzeugend erfüllen zu können."

Das Tuch auf dem Kopf einer muslimischen Lehrerin darf also nicht zu Zweifeln an deren Eignung führen, den Bildungsauftrag der Schule zu erfüllen, welche "die Persönlichkeit der Schüler auf Grundlage von Christentum, europäischem Humanismus und Ideen der liberalen, demokratischen und sozialen Freiheitsbewegungen weiter entwickeln soll" (§2 NSchG). Die nebeneinander genannten Grundlagen weisen auf ein weitgefächertes Bildungsspektrum ohne grundsätzlich christlichen Vorrang. Dies wäre auch deswegen nicht möglich, weil das Grundgesetz (GG) mit der in Artikel 4 verbürgten Glaubensfreiheit als Bundesrecht dem Landesrecht vorgeht (Art. 31) und damit eine solche Priorität des Christentums ausschließt. Dem trägt die Regelung in §2 NSchG Rechnung, dass "Erziehung und Unterricht dem GG und der Niedersächsischen Verfassung entsprechen müssen und die Schule die Wertvorstellung zu vermitteln hat, die diesen Verfassungen zugrunde liegen", wobei die niedersächsische die im GG enthaltenen Grundrechte für Verfassungsbestandteile erklärt (Art. 3). "Die Schüler sollen fähig werden, die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen sowie religiöse und kulturelle Werte zu erkennen und zu achten" (Art. 2 NSchG). Eine solche gesetzliche Basis öffnet keine Möglichkeit, Kopftuchtragen zu verbieten. Im Gegenteil verstärkt die Bestimmung, "die Schüler zu befähigen, diese Werte zu achten, den Gedanken der Völkerverständigung zu erfassen und mit Menschen anderer Nationen und Kulturkreise zusammenzuleben" (Art. 2 NSchG) die Akzeptanz religiöser Pluralität, die auch im äußeren Erscheinungsbild entsprechend sichtbar gemacht werden kann.

Die Neuregelung in § 51 NSchG biete somit für sich allein keine Grundlage für ein Kopftuchverbot. Das Bekleidungsstück kann als solches keine Zweifel an einer



Eignung einer Lehrerin begründen, den Bildungsauftrag der Schule zu erfüllen.

Eine Lehrerin ist ungeeignet, wenn sie gegen den Bildungsauftrag der Schule verstößt. Dies geschieht aber nicht durch das, was auf dem Kopf, sondern was darunter ist - und dies zeigt sich beim Unterricht. Vermittlung von Werten, die sich gegen Bundes- und Landesverfassung zugrunde liegenden Wertvorstellungen richten - die wiederum ihre Grundlage in Christentum, Humanismus und Freiheitsbewegungen haben - ist ein derartiger Verstoß, der zu rechtlichen Konsequenzen führt. Damit bedarf es in jedem Fall einer Einzelfallentscheidung, die über Eignung einer Lehrerin zu befinden hat - aber nicht über ihr Kopftuch.

Von vorn herein kann ein Kopftuch nicht mit der Begründung verboten werden, dies sei politische Demonstration. "Das von Musliminnen getragene Tuch wird als Kürzel für unterschiedliche Aussagen und Wertvorstellungen verstanden" (BverfG), z.B. als Einhaltung religiöser Bekleidungsregel.. "In jüngster Zeit wird in ihm verstärkt ein politisches Symbol des islamischen Fundamentalismus gesehen, das Abgrenzung zu Werten der westlichen Gesellschaft, wie individuelle Selbstbestimmung und Emanzipation der Frau, ausdrückt" (BverfG). Wer das Tuch generell als Symbol für islamischen Fundamentalismus sieht, verfolgt die Strategie, Legitimation für ein Verbot zu schaffen. Eine solche Politisierung ist aber unzulässige Verkürzung auf einen Aspekt.

Auch wenn eine Lehrerin ein Kopftuch als Symbol des Fundamentalismus trägt, ist Einzelfallentscheidung erforderlich. Hier können Zweifel begründet sein, ob ihre Überzeugung Gewähr bietet, den Bildungsauftrag der Schule zu erfüllen. Wird sie in der Lage sein, den Erwartungen des Schulgesetzes gerecht zu werden, die in §2 genannten Wertvorstellungen zu vermitteln, die ja auch "Schüler befähigen sollen, zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen" und zu denen auch das verfassungsrechtliche Leitbild der Gleichberechtigung von Mann und Frau gehört (Art. 3 GG)? Hier hat eine einzelfallangemessene Eignungsbeurteilung zu einer Entscheidung zu führen, bei der §51 NSchG seine Bedeutung hat.

Hans Steuernagel



Die Alten - zu viel, zu alt, zu teuer?



In Zeiten des rigiden Sparkurses der Regierung mangelt es weder an Reformen noch an Reden, die den Verarmungsprozess großer Bevölkerungsteile legitimieren sollen. In der Celleschen Zeitung gibt es täglich Kommentare, die sich auf die schlichte Formel runter brechen lassen: "Zum harten Sanierungskurs

gibt es keine vernünftige Alternative." (Michael Regehly, CZ vom 29.11.2004, S. 2)

Einigen lieb gewonnenen "Erklärungen" soll an dieser Stelle nachgegangen werden, da es durch die ständige ideologische Berieselung nicht ausbleibt, dass selbst der hartgesotteste Gegner von Hartz IV zwar Lohnkürzung und neue Zumutbarkeitskriterien nicht gutheißt, aber Legitimationsphrasen wie "Überalterung der Gesellschaft", "Wettbewerbsfähigkeit herstellen" oder "Senkung der Lohnnebenkosten" wenig entgegenzusetzen hat. Zum Thema "Überalterung" schreibt eine Antifa-Gruppe (im Kontext deutscher Einwanderungspolitik) z.B., "... dass die Gesamtbevölkerung dramatisch abnehme, kurzfristig, dass es zu einer zunehmenden Alterung der Gesellschaften käme, welche die sozialen Sicherungssysteme in Schieflage versetzen würde." Die Einigkeit im Befund der "Überalterung der Gesellschaft" macht es Apologeten des staatlichen Verarmungsprogramms wie Karl Heinrich von der CZ einfach, zu behaupten, dass "...in zunehmendem Maße auch wegen [!] der demographischen Entwicklung .. der deutsche Sozialstaat einen Umbau [erfordert]." (CZ vom 17.08.2004, S. 2) Noch schnell die Ideologie der "Leeren Kassen" dazu gepackt und fertig ist die "Sachzwanglogik" des Sparens: "Dabei handelt es sich auch um einen Abbau von Leistungen, die zwar weiterhin wünschenswert, aber nicht mehr finanzierbar sind." (Ebd.)

Also, was ist dran am "Rentnerberg in Deutschland"? Müssen die Alten noch billiger werden?

Die Lüge von Überalterung und "Generationenproblem"...

Der deutschen Regierung werden ihre Deutschen zu alt. Nicht alle natürlich: Mit der Langlebigkeit der Minderheit, die nicht von ihrer eigenen Arbeit leben, sondern von der Arbeit anderer, die sie verrichten lässt, hat die Obrigkeit kein Problem. Fürs Rendite-Kassieren gibt es keine Altersgrenze, weder eine natürliche noch eine gesetzliche. Anders bei der Mehrheit, die im Dienst der Mehrung fremden Eigentums unterwegs ist. Die macht Probleme, weil sie die gesetzliche Altersgrenze, die der Sozialstaat ihren Arbeitsleben einmal gesetzt hat und mit

der ihr Rentner-Dasein beginnt, in großer Zahl überlebt. Wobei erschwerend hinzukommt, dass sich immer mehr Leute, die eigentlich für nichts als ihre Arbeit bezahlt werden (und jedenfalls nicht fürs Nichtstun im Alter), schon vor dem gesetzlichen Ruhestandalter als verschlissene Wracks aus dem Erwerbsleben abmelden, dann trotzdem weiterleben und jahre-, wenn nicht jahrzehntelang eine Rente verzehren. Für so viel Zählebigkeit übers nützliche Arbeitsleben hinaus ist die Rentenkasse weder vorgesehen noch eingerichtet.

Die Verwalter des Gemeinwohls stehen damit vor einem "interessanten Dilemma": Einerseits sind die Leistungsanforderungen ans Personal so hoch, dass ein durchschnittlicher Sechzigjähriger keinem Arbeitgeber mehr zugeordnet werden kann. Andererseits erlaubt es der medizinische Fortschritt (wie verschlissen der Arbeiter am Ende auch immer ist), anschließend noch etliche Jahre weiterzuleben. So gehen zwischen dem Ende der durchschnittlichen Lebensarbeitszeit und dem durchschnittlichen Lebensende immer mehr - "volks"wirtschaftlich gesehen - völlig sinnlose Jahre ins Land. Dabei steht dem wachsenden Renter-"Heer" eine abnehmende Anzahl von Nachwuchskräften gegenüber: "... im Jahre 2030, wenn unsere Kinder hier sitzen werden, müssen zwei Aktive für einen Rentner aufkommen." (Schröder) Als wäre das ein Problem! Als käme nicht schon längst auf einen einzigen "Erwerbstätigen", der nützliche Güter schafft, ein Heer von Leuten, die davon leben. Als wäre die geleistete Arbeit in Deutschland nicht längst produktiv genug, um pro Arbeitskraft ein ganzes Altersheim zu versorgen - wenn es denn darauf ankäme...

Die Zahlen der Regierung lügen ohne Zweifel nicht. Sie sparen nur ein wenig die Hauptsache aus: die ökonomischen Gründe, aus denen ausgediente Lohnarbeiter tatsächlich eine Last und die Zahlenverhältnisse zwischen den Generationen wirklich ein Problem sind.

...und ihre marktwirtschaftliche Wahrheit: Mit steigender Produktivität senken Betriebe ihre Lohnkosten

Das Entscheidende wird stillschweigend als größte Selbstverständlichkeit und soll vom verständigen Publikum unbescholen hingenommen werden: dass als Quelle für Rentenzahlungen überhaupt nichts anderes in Frage kommt als das Geld, das gleichzeitig für Lohnarbeit gezahlt wird. Das wird bekanntlich nur gezahlt, wenn und damit sich die Ausgabe rentiert. Die Notwendigkeit, daraus den Lebensunterhalt der Alten zu bestreiten, geht in diese marktwirtschaftliche Kalkulation folglich gar nicht ein. Und entsprechend gering ist die diesbezügliche Leistungskraft - noto-



risch defizitär! Die Lohn zahlenden "Arbeitgeber" achten dabei nicht bloß auf geringst mögliche Löhne. Sie bemühen sich außerdem dauerhaft um eine gesteigerte Ausbeute aus der bezahlten Arbeit - wobei sie sich diese "Rationalisierung" der Arbeit jede Menge Geld kosten lassen - und sparen darüber wieder Lohn ein. Ganz nebenbei sorgen sie so dafür, dass noch nicht einmal die in immer geringerer Zahl vorhandenen Nachwuchskräfte einen Arbeitsplatz finden. Ganz zu schweigen davon, dass in zwanzig Jahren die dann Aktiven Aussicht auf eine Arbeit hätten, von deren Entgelt sie einen kompletten Rentner ernähren könnten. Das ist ausgerechnet deswegen ganz ausgeschlossen, weil die dann verrichtete Arbeit noch viel produktiver geworden sein wird und folglich - weil marktwirtschaftlich kalkuliert - nicht die Masse an hergestellten Gütern, sondern der magere Preis für rentable Arbeit das Maß aller Dinge in Sachen Lebensunterhalt für aktive wie gewesene Lohnabhängige ist (und leider wohl auch sein wird).

Stillschweigend unterstellt ist in der regierungsamtlichen Rechnung also nicht Geringeres als die epochale kapitalistische Errungenschaft, für Arbeit den denkbar niedrigsten Preis zu zahlen und den Arbeitskräften die Anforderung aufzunötigen, mit dem Verdienten über die Runden zu kommen. Stillschweigend unterstellt ist zudem der "Geniestreich" des Sozialsystems, die sachgerechte Einteilung des - knapp kalkulierten - Lohns gesetzlich so zu organisieren (Zwangsabgabe an den Staat vom Lohn), dass ein Lebensunterhalt für ausgediente Alte auch noch mit abfällt: ein System des organisierten Mangels! Stillschweigend unterstellt und anerkannt ist damit drittens die systemnotwendige Konsequenz, dass ausgerechnet mit den Fortschritten des nationalen Kapitals - nämlich mit der Steigerung der durchschnittlichen Rentabilität der angewandten Arbeit für die benötigten Arbeitskräfte - der Mangel immer größer wird. Aus diesem Ergebnis ziehen die regierenden Sozialreformer ihre zynische Konsequenz: Die



Zahl der abhängigen Existenzen, die nach Beendigung ihres Arbeitslebens immer noch von der nationalen (Gesamt-) Lohnsumme leben müssen, ist zu groß. Der nationale Lohn muss von dieser "Last" befreit werden. Wovon die Alten leben sollen, ist dann vornehmlich Privatsache. Wer es sein Lebtag lang nicht zu mehr als zu Lohnarbeit gebracht hat, der hat eben - wortwörtlich! - nicht mehr "verdient"!

(michel)

Lesetipps:

Der Lohn, die Arbeit, das Proletariat: Sozial verstaatlicht (S. 93-144), in: Decker/Hecker: Das Proletariat, München, 2002

Sozialstaatlicher "Systemwechsel" in Deutschland (S. 56-79), in: Gegenstandspunkt 3-03, München, 2003

1) Eine Analyse der EU-Flüchtlingspolitik: [http://antifa.kommunikationssystem.de/foren/cl.politik.migration/%3C9ASU\\$4vGJ2B@sabine.nadeshda.org%3E.html](http://antifa.kommunikationssystem.de/foren/cl.politik.migration/%3C9ASU$4vGJ2B@sabine.nadeshda.org%3E.html)

Struck betreibt Bundeswehreinsatz in Afrika



FAZ.net. 7.10.04. scc. Während Schily den vor Bürgerkriegen, Verfolgung und Hungerkatastrophen fliehenden Afrikanern den Weg nach Europa versperren will, bringt Kabinettskollege Struck erneut die Entsendung der Bundeswehr auf dem Kontinent in die Diskussion. In mehreren Interviews schloss er ihren Einsatz in Afrika allgemein und die Intervention in den Bürgerkrieg im Sudan konkret nicht aus. "Wir können nicht einfach zusehen, wenn es an irgendeiner Stelle des Kontinents zu Völkermorden kommt", erklärte er

gegenüber der Süddeutschen Zeitung. Gegenüber der FAZ prognostizierte er, kaum dass die Regierung im Sudan der Stationierung von Truppen der Afrikanischen Union im Land zugestimmt hatte, dass diese die Situation nicht in den Griff bekommen könnten. Die Bundeswehr stehe bereit, wenn ein Einsatz von den UN mandatiert und die Nato oder die EU um die Durchführung "gebeten" würden.

Der britische Premierminister erklärte, dass für die Zeit der britischen EU-Präsidentschaft im nächsten Jahr Afrika zum Mittelpunkt seiner Arbeit werde. Die im nächsten Jahr einsatzbereiten hoch mobilen Kampfgruppen der EU, die binnen weniger Tage zum Einsatz kommen können, könnten dabei eine große Rolle spielen.

entnommen aus: Politische Berichte Nr.22 / 2004



Südafrika-Veranstaltung

Free Water for all!



Politische Veranstaltungen können an vielem scheitern. Daran, dass die ReferentInnen über Dinge reden, die eh alle wissen; daran, dass sie aus ihrem Expertenwissen eine

Borniertheit gegenüber den ZuhörerInnen entwickeln; daran, dass einfache Zusammenhänge unnötig verklausoliert werden und und und. Als Anfang November Eddie Cottle auf Einladung von Attac und dem Eine-Welt AK in Celle über die Probleme von Millionen Südafrikanern mit der Wasserversorgung referierte, lag es wohl daran, dass die BesucherInnen vorher so gut wie nichts von den Kämpfen ums Wasser wussten, dass der Referent aber wohl vom Gegenteil ausging - und schließlich die Übersetzung mehr Verwirrung als Aufhellung stiftete.

"Free Water for all!" ist ja auch eine Parole, die in einem reichen Industrieland keinen selbstverständlichen Resonanzboden findet. Bei uns kommt das Wasser halt aus der Leitung, und die Kosten erregen einen höchsten bei einer fälligen Nachzahlung. Dass am Wasser in anderen Teilen der Welt Überleben hängt, und sein Fehlen direkt zu Hunger und Krankheit führt, muss man uns verklickern.

Wasser ist für uns eben so selbstverständlich eine Ware, dass die BesucherInnen der Veranstaltung, als Eddie Cottle die "Privatisierung" der Wasserversorgung angriff, dies nur in den Kategorien von "Konzern kauft Stadtwerke" denken konnten. Dabei ging es im Kern um etwas anderes, nämlich darum, dass neoliberale Politik auf der Südhalbkugel erstmals Wasser zu einer Ware macht, die sich große Teile der Bevölkerung schlicht nicht mehr leisten können.

Der Referent machte deutlich, dass die Wasserverteilung während der langen kolonialen Apartheid-Epoche zwar an den Landbesitz gebunden war, aber für Land- und Minenarbeiter trotzdem in gewisser Weise ein "kostenloses" Gut. Die ANC-Regierungen hätten 1995 das Recht auf Trinkwasserversorgung dann in die neuen Verfassung aufgenommen. In der praktischen Umsetzung aber war nur vorgesehen, dass für jeden Haushalt 6.000 Liter Wasser pro Monat kostenlos zur Verfügung stehen. Diese Menge entspricht der von der Regierung vorgesehenen täglichen Mindestmenge von 25 Litern pro Tag und Person bei einem Acht-Personen Haushalt. Problematisch und für viele arme Haushalte ein unlösbares Problem wurde dabei, dass sie grundsätzlich zur Zahlung des Wasserverbrauchs, der die freie Mindestmenge übersteigt, verpflichtet wurden. Viele Township-BewohnerInnen aber haben kein regelmäßiges Einkommen und leben in großen

Haushalten mit mehr als acht Personen. Damit steigt ihr Verbrauch schnell über die unentgeltlich verfügbaren 6.000 Liter, was sie zur Zahlung der dann teuren und progressiv steigenden Tarife verpflichtet. Geraten sie in Zahlungsverzug, wird ihnen ihre Wasserleitung gesperrt. Das betraf in den vergangenen Jahren mehreren Millionen Haushalte.

In vielen ländlichen Regionen und Townships wurde zusätzlich ein System eingeführt, dass die Kommerzialisierung des Wassers am sinnbildlichsten ausdrückt. Aus den Wasserzapfstellen in den Dörfern oder Stadtteilen fließt nur dann Wasser, wenn die NutzerInnen eine pre-paid-Karte in den Wasserzähler stecken. Diese Karte muss - nach dem gleichen Prinzip wie bei Mobiltelefonen - immer wieder gegen Barzahlung aufgeladen werden. Familien, die zu diesen Vorauszahlungen nicht in der Lage sind, mussten nach Alternativen suchen. So zwang die Einführung von pre-paid Metern in der ländlichen Region Kwa Zulu Natal viele Menschen, die jahrelang an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen waren, dazu, auf Flusswasser zurückzugreifen. Das Flusswasser war jedoch mit Cholera-Bakterien verseucht, 120.000 Menschen erkrankten.

Das Beispiel Südafrika macht deutlich, dass schon Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen, noch vor ihrer Privatisierung das Problem ist. In Reaktion auf die gegenwärtige Politik der Wasserversorgung haben sich deshalb lokale Widerstandsgruppen gebildet. Das Anti-Privatisierungsforum (APF), für das Cottle arbeitet, und andere soziale Bewegungen kämpfen schon seit Jahren gegen die Wasserpolitik und organisieren Widerstand, der konkret darin besteht, dass die AktivistInnen der Bewegung - illegal - gesperrte Wasser- und Stromanschlüsse wieder öffnen. Ziel ist



es, gerade die ärmere Bevölkerung zu stärken, und ihr Recht auf Wasser als Menschenrecht zurückzufordern.

Leider war es dann angesichts der Verwirrung des Publikums nicht möglich, zu diesen Widerstandsstrategien und den Reaktionen der südafrikanischen Gesellschaft mehr zu hören. Statt dessen gab es tatsächlich Fragen und Ansätze einer Diskussion darüber, ob kostenlose 6.000 Liter im Monat nicht doch eine ganze Menge wären - und ob es nicht sinnvoll wäre, die Bevölkerung über Wassersparmöglichkeiten aufzuklären. Das war dann - ungelogen - der Punkt, wo vermeintlich fortschrittliches ökologisches Denken in puren Paternalismus umschlug nach dem Motto: Die Schwarzen müssten mal lernen, ökologisch mit der kostbaren Ressource Wasser umzugehen. - Erfreulicherweise gab's auch entschie-

denen Widerspruch. Eddie Cottle verwies darauf, dass bei Fragen eines ressourcensparenden Umgangs vielleicht erst einmal die (weiße) Oberklasse mit ihren Swimming-Pools, englischen Gärten und exotischen Pflanzen gefragt sei.

Angesichts der Selbstverständlichkeit, mit der diese Unverschämtheit vorgetragen wurde, sei hier noch ein Blick auf die Verbrauchszahlen angefügt: Der durchschnittliche Wasserverbrauch der Bevölkerung in Deutschland beträgt pro Einwohner und Tag knapp 130 Liter, wobei 46 Liter für Körperhygiene draufgehen und 35 Liter im Klo runtergespült werden. Dazu kommt: Nahezu jedes Produkt, das wir täglich benutzen oder aus dem Supermarkt mit nach Hause bringen, benötigt bei der Herstellung Wasser. So sind beispielsweise zur Herstellung eines einzigen Autos bis zu 200.000 Liter Wasser erforderlich, für 1 Kilo Rindfleisch bereits 5.000 Liter.

Broschüren

GATS – Sprudelnde Gewinne?



Das internationale Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) stand zuletzt im Zentrum einiger Veranstaltungen in Celle. Jutta Sundermann referierte in der Akademie am Vormittag und bei der Gründung der Celler Attac-Gruppe. Eddie Cottle berichtete auf Einladung des AK Eine-Welt über die Kommerzialisierung der

Modelle öffentlicher Wasserversorgung aus Nord und Süd wird auch gezeigt, dass der Weg in die Privatisierung nicht alternativlos - und eine Wasserversorgung, die Wasser als Menschenrecht anerkennt, möglich ist.

Welche Rolle das GATS bei den Privatisierungen in deutschen Kommunen spielt, wird in einer weiteren Broschüre beleuchtet. Denn: Die weltweite Privatisierungsoffensive macht auch vor der Daseinsvorsorge keinen Halt. Ob Strom- und Wasserversorgung oder Müllverbrennung - der kommunale Einfluss auf öffentliche Dienstleistungen wird zunehmend zurückgedrängt. In der 36-seitigen Broschüre gehen Christina Deckwirth, Dominik Fette und Werner Rügemer den Ursachen dieses Privatisierungswahns auf den Grund und dokumentieren die fatalen Auswirkungen für die Kommune. Am Beispiel des Dienstleistungsabkommen GATS machen sie deutlich, dass der Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge ein globales Projekt ist. Wie der Widerstand dagegen aussieht und wie er in Zukunft noch wirksamer gestaltet werden kann, dafür gibt das Papier wichtige Anregungen.

Christina Deckwirth: Sprudelnde Gewinne? Transnationale Konzerne im Wassersektor und die Rolle des GATS, Berlin 2004.

Christina Deckwirth, Dominik Fette und Werner Rügemer: Privatisierung in der Kommune und die Rolle des GATS, Berlin 2004.

Die Broschüren sind jeweils zum Preis von 3,00 zzgl. 2,00 Versandkosten bei WEED in Berlin (030-2758-2163) oder online über <http://www.weed-online.org/publikationen/bestellung/index.html#gats> bestellbar.

Wasserversorgung in Südafrika. Für die deutsche NGO-Gruppe WEED (World Economy, Ecology & Development) hat Christina Deckwirth zwei Broschüren erarbeitet, die das komplexe Themenfeld durchsichtiger machen. Die Politikwissenschaftlerin kommt ursprünglich aus Celle und war vor Studium und ihrem Engagement bei WEED hier in ökologischen Zusammenhängen aktiv.

In der 52-seitigen Broschüre "Sprudelnde Gewinne?" geht es um die Politik transnationaler Konzerne im Wassersektor und die Rolle des GATS. Die Autorin wirft einen Blick auf Akteure und Interessen im Geschäft mit dem "blauen Gold" und geht dem Zusammenspiel von Politik und Wassermultis auf den Grund. Vorgegestellt werden die Global Players Veolia, Suez, RWE und ihre Strategien auf dem Wachstumssektor Wassermarkt. Besondere Berücksichtigung findet das Dienstleistungsabkommen GATS, mit dessen Hilfe die weltweite Liberalisierungs- und Privatisierungswelle im Wassersektor vorangetrieben wird. Anhand erfolgreicher



Ernst Pinchas Blumenthal: Die gläserne Wand



Der Antisemitismus begann in Deutschland nicht mit der Reichskanzlerschaft Hitlers, und er wurde auch nicht mit ihm im Führerbunker begraben. Regionalgeschichtlich gibt es für die Celler Region bisher keine zusammenhängende Darstellung

des Antisemitismus in Kaiserreich und Weimarer Republik; neben Fragmenten, die Ausgrenzungserfahrungen beschreiben, findet sich auf der anderen Seite eine Tendenz, die Integration von Juden im bürgerlich-konservativen Vereinsmilieu hervorzuheben. Ein jetzt veröffentlichter, autobiographischer Roman von Ernst Pinchas Blumenthal vermittelt in beängstigender Dichte, wie "Die Gläserne Wand" des Antisemitismus die Lebensgeschichte eines jungen Burgdorfer Juden prägte, der in den 1920er Jahren das Celler Gymnasium Ernestinum besuchte.

Blumenthal hat als Adoptivsohn eines jüdischen Lehrers von 1915 bis 1930 in Burgdorf gelebt. Nach dem Abitur am Ernestinum studierte er in Köln Jura, wurde als Jude 1933 aber nicht mehr zum Staatsexamen zugelassen. Im Oktober emigrierte er nach England, studierte Pädagogik und wanderte 1935 nach Palästina aus, wo er als Lehrer arbeitete. 1960 schrieb er - ohne eine Veröffentlichung im Sinn zu haben - seine Erinnerungen an die Kindheit und Jugend in Deutschland in Form eines Romans nieder. Der Bekanntschaft zwischen Henning Niederhoff, von 1996 bis 2000 als Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Palästinensischen Gebieten tätig, und der Witwe des 1983 gestorbenen Autors ist die Veröffentlichung zu verdanken. Miriam Mechner-Blumenthal übergab ihm das Romanfragment, das in diesem Herbst im Verlag Erev-Rav Wittingen erscheinen konnte.

In der Rückschau des Autors scheint vieles in Kindheit und Jugend von dem Wunsch bestimmt gewesen zu sein, dazu zu gehören, anerkannter Teil einer Gruppe zu sein. Doch - latent oder offen - setzt der Antisemitismus diesem Bedürfnis enge Grenzen. Manchmal scheint die "gläserne Wand" zu schwinden, um so größer ist jedesmal die Enttäuschung über die nicht erwarteten Reaktionen des nicht-jüdischen Milieus. Eindrucksvoll gelingt Ernst Pinchas Blumenthal die Schilderung dieser dann auch kränkenden, verletzenden Erfahrungen im Kapitel "Das Schützenfest". Wer im Niedersächsischen aufgewachsen ist, weiß, dass Schützenkönig zu werden, bedeutet, dazu zugehören. 1928 errang im kleinen Burgdorf Paul Rosenberg, im Roman Paul Italiener genannt, die Königswürde; dieses Ereignis nimmt der Autor als Ausgangspunkt. Als Italiener im Folgejahr darauf wartet, dem Brauch gemäß vom Schützenumzug zu Hause abholt zu werden, müssen er und seine Familie erleben, dass die Schützengesellschaft nicht bei ihnen einkehrt. Der Jungdeutsche Orden, so heißt es, habe mit einem Boykott des ganzen Schützenfestes gedroht, wenn man ihn, den Juden, abhole. Da stehen sie dann fassungslos im Hause Italiener; was ein großes Fest werden sollte, endet in einer schamlosen Demütigung.

Nicht weniger bewegend sind die Geschichten rund um das Celler Gymnasium Ernestinum, das im Roman als Albertinum firmiert. Schon die Charakterisierung des Lehrkörpers macht deutlich, wie sehr sich deutschnationale, völkische und antisemitische Klischees zu einer Ideologie des Bildungsbürgertums zusammengebraut hatten, noch bevor die NSDAP mit den Wahlstimmen aus diesem Lager zur Macht wurde:

"Steinböhrmer [der Direktor] war selbstverständlich Monarchist, doch stand er auf dem liberalen Flügel seiner Partei. Die übrigen Lehrer gehörten mit einer Ausnahme den

Julius H. Krizsan

Die Verfolgung der Juden in und um Celle

Julius Krizsan, der ehemalige Leiter des Besuchsdienstes der Gedenkstätte Bergen-Belsen, hat eine Broschüre erarbeitet, in der auf 52 Seiten biographische Daten der im NS in und um Celle lebenden Jüdinnen und Juden zusammengetragen sind. In alphabetischer Abfolge sind in Kurzform die verfügbaren Daten der jeweiligen Verfolgungsgeschichte aufgelistet. Zusätzlich hat Krizsan die Gefangenenbücher des Zuchthauses Celle ausgewertet und jene Verfolgten aufgenommen. Die Zusammenstellung kann für jene, die sich mit der Regionalgeschichte des Nationalsozialismus beschäftigen, eine große Hilfe sein; denn an keiner anderen Stelle sind biografische Daten so kompakt erfasst. Die Broschüre kann für 5 Euro bestellt werden beim Autor (05143-8817).



extremen Rechtsgruppen verschiedener Prägung an. Für sie war Steinböhrer >der Rote<. ... So sprach Dr. Jens Brock einen jeden ... mit >Ihr< an und brachte als Begründung für diese Eigenheit vor, dass, hätte die deutsche Sprache sich ohne welschen Einfluss in dem ihr gemäßen Rhythmus fortentwickelt, wir heute nach dem friderizianischen >Er< alle beim >Ihr< bleiben würden. ... Der alte Rat Ferder ... erklärte das Unglück des deutschen Volkes vom wirtschaftlichen her. >Verräter ist, wer Fremdwaren kauft< war sein Lieblingsauspruch. Und er wies auf die Natur hin, die den deutschen Apfel so geschaffen habe, dass man ihn mit Schale und Gehäuse ohne jeden Schaden verzehren könne, aber man möge einmal Ähnliches bei der Apfelsine versuchen. Studienassessor Klemper erlaubte nur die Verwendung der alten deutschen Monatsnamen wie Hornung oder Wonnemond und versah versehentlich benutzte moderne Monatsbezeichnungen mit dicken roten Ausrufungszeichen. Der Physiklehrer war ein begeisterter Erneuerer der Runenschrift ... Von den Lehrern war nur einer nicht eindeutig antisemitisch eingestellt." [Bei letzterem handelt sich übrigens, liebevoll-distanziert von Blumenberg skizziert, um Paul Alpers.]

Diese Passage zeigt, welch explosiver Irrsinn im Bürgertum nicht Randphänomen, sondern Alltagsbestandteil war. Und die Mitschüler scheinen die Lehrer noch übertrumpft zu haben: "Die Mehrzahl seiner Kameraden waren Mitglieder radikaler vaterländischer Bünde, in denen ein archaisierendes Vokabular und ein maßloser Franzosenhass gang und gäbe waren. Es gab im Albertinum auch zwei Schülervereinigungen, deren Mitglieder an einem silbernen Ring mit geheimnisvollen Schnörkeln kenntlich waren. ... Von Zeit zu Zeit verhängten diese Schülerbünde oder eine der poli-

tischen Organisationen, wenn gerade die Wellen des Antisemitismus im Reiche höher schlugen, einen Boykott über Rolf, den einzigen Juden der Klasse. Dann sprach kein Mitglied dieser Verbände ein Wort mit ihm. Manchmal erstreckte sich ein solcher Boykott über Monate."

Selbst Ansätze von Freundschaften bleiben fragil. Als der Protagonist sich gegen Ende der Schulzeit mit einem Mitschüler intellektuell verbunden glaubt, wird er von diesem verraten, als es nicht mehr ums unverbindliche Philosophieren geht, sondern darum, wer zum Kreis derer gehört, denen der lateinische Prüfungstext im Vorab zugänglich ist. So ist es wenig verwunderlich, dass gegen diese geballte Front der Abgrenzung und Ausschließung das Jude-Sein, jüdisches Selbstverständnis, das den LeserInnen vor allem im Vorbild des Vaters vor Augen geführt wird, an Gewicht gewinnt.

Beim ersten Lesen sind es die um den Antisemitismus und jüdische Identität kreisenden Motive und Geschichten, die einen fesseln. Dass es sich daneben um einen fast klassischen Entwicklungsroman handelt, gerät dabei in den Hintergrund; vielleicht auch, weil die aufs andere Geschlecht gerichteten Phantasien und Erlebnisse der Welt der "Feuerzangenbowle" entsprungen zu sein scheinen. Mit einem kleinen Aufsatz des Hannoverischen Politikwissenschaftlers Joachim Perels zum "Borkumlied" als Schlüsselhymne der Judenfeindschaft, etlichen Fotos, deren sauber recherchierte Daten einen Blick auf die Menschen hinter den Romanfiguren erlauben, und einem Interview zur Lebensgeschichte des Autors mit seiner Frau wird aber auch, und wohl zu Recht die vor allem zeitgeschichtliche Bedeutung des Textes betont.

Der Band hat 274 Seiten, kostet 16 Euro, ist problemlos im Celler Buchhandel erhältlich - und ein für fast jeden lesenden Menschen in der Region passendes Weihnachtsgeschenk.

Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis Braune Kameradschaften



Eine "Kameradschaft München" unter Führung des Neonazis Martin Wiese plant im Herbst 2003 Sprengstoff-Anschläge gegen jüdische Einrichtungen, die gerade noch rechtzeitig von der Polizei verhindert werden können. In Overath begeht ein ehemaliger Söldner mit Kameradschaftsanbindung einen Dreifachmord. Bei einer Razzia Ende Oktober 2003 werden Mitglieder einer militanten Kameradschaft mit engen

Kontakten ins Rocker- und Rotlichtmilieu verhaftet und zahlreiche Waffen sichergestellt. Nur schlaglichtartig wird in der

Öffentlichkeit deutlich, daß sich die rechte Szene in Deutschland nahezu unbemerkt umstrukturiert hat. Während die Zahl der NPD-Anhänger erkennbar zurückgeht, erhalten die autonom agierenden "Freien Kameradschaften" beständig Zulauf. Mit ihrer Hilfe sollen "National befreite Zonen" überall in Deutschland entstehen, in denen die Nazis die eigentliche Macht ausüben. In acht Reportagen aus dem Innern dieser Szene berichten die Autoren über die Funktionsmechanismen dieser unabhängigen Kameradschaften und ihre Vernetzung durch regionale Aktionsbüros, die Ursachen der steigenden Gewaltbereitschaft, die finanzielle Absicherung über eigene Unternehmen, die Stellung der Frauen innerhalb der Gruppen und die internationalen Kontakte. Ein Überblick zu allen Kameradschaften, ihren Mitgliederzahlen und Anführern im Anhang komplettiert diese aktuelle Bestandsaufnahme des militanten Neofaschismus.



"Leitkultur" und "Parallelgesellschaft" contra "Multikult!"



Diskussionen in Deutschland über Fragen von Migration und Asyl fänden oft fernab von Sachargumenten statt, seien überlagert von ideologischen und politischen Mythen und Ressentiments. Wie berechtigt die kürzliche Klage des migrationspolitischen Sprechers des DGB-Bundesvorstands Volker Rossocha ist, zeigt ein Blick in die Tagespresse. Da verkündet die CDU-Vorsitzende Merkel das

Scheitern von "Multikulti", weil ein einzelner fanatischer Mensch muslimischen Glaubens einen Filmregisseur in den Niederlanden ermordet hat. Als hätten sie nach den Wahlerfolgen von NPD und DVU nur auf eine Gelegenheit gewartet, um völkisches und rassistisches Zeug zu verbreiten, schlagen christdemokratische und christlich-soziale, aber auch sozialdemokratische Politiker wie auf Kommando gegen alles los, was als "fremd" und "islamistisch" verteufelt werden kann.

Hetze gegen Islam, "Multikult!" und "Parallelgesellschaften"

Für die CDU-Vorsitzende Merkel ist Multikulti "total gescheitert". Alt-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) erklärt alle Gastarbeiter der 60er Jahre bis heute zu Vertretern "fremder Kulturen", die ins Land zu lassen ein Fehler gewesen sei. Peter Glotz, ehemals SPD-Generalsekretär unter Willy Brandt und bei der Kampagne für ein "Zentrum gegen Vertreibungen" in den letzten Jahren bereits als eifriger Mitstreiter am rechten Rand aktiv, pflichtete Schmidt sofort bei. Ihr Parteifreund, der Berliner Bezirksbürgermeister von Neukölln mit dem schönen deutschen Namen Heinz Buschkowsky, verkündet derweil: "Der Traum von Multikulti ist

aus". Obwohl in seinem Bezirk überwiegend türkische und kurdische Migranten leben, meint der SPD-Bürgermeister, die Imanie in seinem Bezirk predigten "wie in Saudi-Arabien, schließlich sind sie in Saudi-Arabien ausgebildet worden", und verkündet: "Ob der Islam nach Europa gehört, darüber sollen andere reden". (Spiegel Online, 26.11.04)

Die "anderen" reden darüber nicht lange. Sie handeln schon und zünden Moscheen an - in den Niederlanden und inzwischen auch hier.

Kein Wunder, wenn der Brandenburger Innenminister Schönbohm, in seiner Amtszeit als Berliner Innensenator vor zehn Jahren einer der Erfinder der Forderung nach einer deutschen "Leitkultur", im Interview mit der Berliner Zeitung (24.11.04) verbreitet, Forderungen der neonazistischen DVU wie die nach "Begrenzung des Ausländeranteils, Stopp dem zunehmenden Ausländerzustrom, Beschleunigung von Asylverfahren, Ausweisung von kriminellen Ausländern" seien "inzwischen sicher Allgemeingut ... Nur das ist alles in einem Rechtsstaat nicht so einfach."

Wenn das der Unterschied zwischen Neonazis und offizieller Politik ist - im Ziel einig, aber in, einem Rechtsstaat ist das "nie so einfach" - dann gute Nacht. Die offizielle Politik macht wieder einmal den Stichwortgeber für braune Totschläger und Brandstifter.

Mit Unterschieden leben - gleiche Staatsbürgerrechte erkämpfen

"Wir müssen lernen, mit kulturellen Unterschieden zu leben, und zwar auf beiden Seiten", fordert demgegenüber Klaus Bade (Spiegel Online, 24.11.04). Der 60-Jährige ist Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) und stellvertretender Vorsitzender des Zuwanderungsrats der Bundesregierung. Das Niveau der derzeitigen Debatte sei auf Fußhöhe, man müsse aufpassen, um nicht draufzutreten, schimpft er. "Leitkultur" und "Parallelgesellschaft" seien "lebende Leichname", die jetzt wieder hervorgeholt würden. In Wirklichkeit solle man endlich anerkennen, dass "Little Istanbul" in Berlin oder anderswo nichts anderes sei als "Little Germany" in den USA zu früheren Zeiten Ergebnisse von Migrationsprozessen, die erst dann problematisch würden, wenn sie mit sozialen Problemen überladen seien. "Bei uns sind die Einwandererviertel meist ethnisch gemischt, der Rückzug ist sozial bedingt und eine Doppelung von Institutionen fehlt. Die Parallelgesellschaften gibt es in den



Köpfen derer, die Angst davor haben: Ich habe Angst, und ich glaube, dass der andere daran schuld ist. Wenn das ebenso simple wie gefährliche Gerede über Parallelgesellschaften so weitergeht, wird sich die Situation verschärfen."

Auch die Forderung nach Imamen, die die deutsche Sprache sprechen, sei ein Beispiel für derart absurde Debatten. "Vor vielen Jahren haben Moslems gefordert, in Deutschland Imame auszubilden - das wurde abgelehnt. Wir haben eine Menge Chancen verpasst, weil wir die Realität nicht sehen wollten" nämlich, dass die Bundesrepublik schon lange

Einwanderungsland ist. Auch die immer noch fehlende Einbürgerung vieler Migranten - ein Ergebnis der Hetzkampagne von CDU und CSU vor fünf Jahren und dem Einknicken der Bundesregierung vor dieser Kampagne - verschärfe die Probleme, so Bade. In den USA gebe es längst ein "ethnic vote" - die Aufmerksamkeit von Politik für die Stimmen von Migranten bei Wahlen. "Wenn hier die meisten Türken eingebürgert und damit wahlberechtigt wären, würde auch nicht mehr so diskutiert wie heute."

entnommen aus: Politische Berichte Nr. 25 / 2004

TERMINE

Do. 16.12.2004, 20:00 Uhr

UJZ Korn, Kornstr., Hannover
ANTIFA-INFO-ABEND

Film über Ernst Thälmann. AGIT PROP at its best mit Schmalzbrot und proletarischem Liedgut

Sa. 24.12.2004, 23:30 Uhr

Buntes Haus
Chilloutlounge (Weiterführung der Bescherung auf anderer Ebene)

So. 25.12.2004, 19:30 Uhr

CD-Kaserne, Celle
X-Mas-Jam
Präsentiert von der Celler Rockmusik Initiative

Sa. 30.12.2004, 21:00 Uhr

Buntes Haus
Sofasurferparty
(Lauschiges Ohrengknister zum Runterkommen) Eintritt 2.- Euro

Sa. 31.12.2004, 22:00 Uhr

UJZ Korn,
Kornstr., Hannover
Sylvesterparty der Roten Hilfe
Die Ortsgruppe Hannover der Roten Hilfe, Hilfsorganisation für vom Staat wegen ihrer politischen Aktivitäten verfolgte Linke, lädt ein zum Tanz ins neue Jahr. Ab 22:00 Uhr können Cocktails und andere Getränke im chill out oder bei Musik vom Plattenteller genossen werden

Sa. 06.01.2005, 21:00 Uhr

Cafe Glocksee,
Glockseestr. 35, Hannover
RAMONEZ 77 / COPYCOCKS
Die RAMONEZ 77 sind die perfekte Punk-Rock-Party-Band die auch jede Menge eigene Kompositionen spielen die allerdings von den Originalen stam-

men könnten. Die COPY COCKS aus Hannover covern Punk-Klassiker.

Sa. 08.01.2005, 20:00 Uhr

Buntes Haus
TOP FIVE - PARTY
Nach Hornbyschem "High-Fidelity"-Muster sollte jedeR seine fünf liebsten Smash-Hits mitbringen (Singles, LPs, CDs oder hintereinander gebrannt). Angesagt ist also ein großes Outing,

denn wer gibt sonst schon gerne zu, eine Nummer von TAKE THAT, ABBA oder JOHN DENVER zu seinen absoluten Lieblingen zu zählen. Der Eintritt ist frei, der Getränkegewinn landet beim Celler Forum gegen Atomenergie.

Sa. 15.01.2005, 20:00 Uhr

Buntes Haus
Konzert mit KURHAUS und anderen Bands, Eintritt: 3.- Euro

www.bunteshaus.de

• RÜCK DAS ZEUG
• RAUS DU ROTE SAU

24.12. CHILLOUTLOUNGE
AB 23:30 OFFEN (DIE WEITERFÜHRUNG DER BESCHERUNG AUF ANDERER EBENE)

30.12. SOFASURFERPARTY
BEGINN. 21:00 2.- ÖRE (LAUSCHIGES OHRENGEKNISTER ZUM RUNTERKOMMEN)

BUNTESHAUS

TERMINE

Do. 27.01.2005, 11:00 Uhr

Gedenkstätte Bergen Belsen
Gedenktag für die Opfer der national-
sozialistischen Gewaltherrschaft

Sa. 29.01.2005, 20:00 Uhr

Buntes Haus
IV. Josa Benefiz-Konzert

So. 30.01.2005, 11:00 Uhr

Gedenkstätte Bergen Belsen
Auschwitz und Bergen-Belsen
Vortrag von Anita Lasker-Wallfisch
(London) zu ihrer Lebensgeschichte aus
Anlass des 60. Jahrestages der
Befreiung des Konzentrations- und
Vernichtungslagers Auschwitz

So. 27.02.2005, 11:00 Uhr

Gedenkstätte Bergen Belsen
„Kein Häftling darf den alliierten
Truppen in die Hände fallen!“
Häftlingsmorde in der Schlussphase des
Zweiten Weltkriegs
Vortragsveranstaltung mit Reinhard von
Plessen, Oberstleutnant a. D. (Celle)

Do. 03.03.2005, 19:00 Uhr

CD-Kaserne, Celle
Django Asül: Hardliner.
Der beispielhaft integrierte Türke und
missbrauche Niederbayer kommt mit
seinem wunderbar politisch unkorrekten
drittes Programm "Hardliner" nach
Celle., Eintritt 14.- Euro

Termine im Kino achteinhalf:



Kino achteinhalf, Gelände der CD-Kaserne neben dem
Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle
Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer **Freitags**,
Beginn: 20.30 Uhr
Eintritt: 4,50 EUR

16.12.04: Schlechte Erziehung
ohne Vorbestellung - nur Abendkasse !!

17.12.04: Schlechte Erziehung

18.12.04: Schlechte Erziehung

07.01.05: FARLAND

14.01.05: Stealing Rembrandt - Klauen für Anfänger

15.01.05: JUBILÄUM - 10 Jahre achteinhalf - Kino & Kultur e.V. !!!!!!!!!!!

und wir sagen daher: PLAY IT AGAIN mit dem TAB und
"Doppeltes Spiel oder eine Nacht in den Filmen!"

21.01.05: 5x2

28.01.05: RHYTHM IS IT!

04.02.05: RECONSTRUCTION

11.02.05: ERBSEN AUF HALB SECHS

18.02.05: EVIL

25.02.05: AGNES UND SEINE BRÜDER



Suche Gemüsekollektiv.



Wer hat Lust mit mehreren Leuten einen Gemüsegarten anzulegen. In
Celle. Wir müssten uns auf die Suche nach einem geeigneten Stück
Land machen. Wunderbar wäre, wenn jemand ein Stück Land hätte?
Cornelia Döllermann-Nölting, Tel.: 31566

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"
jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr

Sa: 10 -13 Uhr

AK Ausländer

jeden 4. Montag im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-
Haus, Fritzenwiese

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne
hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

z.Zt. unregelmäßig auf Nachfrage

Archiv

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

Plenum

jeden Donnerstag 19 Uhr

Volxküche

jeden Sonntag 18 Uhr

Deutschkurs für MigrantInnen

jeden und Donnerstag
16.30-18.00 Uhr

Forum gegen Atomenergie

jeden 1. Dienstag im Monat
20.00 Uhr

Social Forum Celle

Jeden 2. Dienstag und jeden
4. Donnerstag im Monat
20.00Uhr

BastaYa

AntiFa + AntiCastor
jeden Freitag
19:30 Uhr

